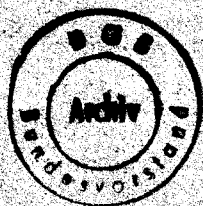


*ANTON ERKELENZ M.D.R.*

# Wirtschaft und Sozialpolitik

A  
M  
O  
47754

**Rohland & Berthold Verlag Crimmitschau**



AMO-47.754

61113  
S. 1173

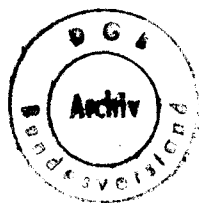
*ANTON ERKELENZ M.D.R.*

# Wirtschaft und Sozialpolitik

1927

Rohland & Berthold Verlag Crimmitschau

A l l e R e c h t e v o r b e h a l t e n  
Copyright 1927 by Rohland & Berthold Verlag in Crimmitschau



Pierersche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co., Altenburg, Thür.

**D**ER NACHSTEHENDE VORTRAG WURDE GEHALTEN AUF dem Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei in Hamburg im April 1927. Wenn ich die Darlegungen jetzt in einem Sonderdruck herausgebe, so geschieht es einmal deshalb, weil ich glaube, daß dieser Vortrag neues Material bringt für die Beurteilung der Frage Wirtschaft bzw. Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik. Wir brauchen einen Umdenkungsprozeß der Unternehmer und der Arbeitnehmer, sowohl in der Wirtschaft als in der Sozialpolitik. Mit der äußerlichen oder mit der rein technischen Nachahmung amerikanischer Rationalisierungsmethoden ist es nicht getan, solange die neue Technik nicht ergänzt wird durch eine teilweise neue Gesinnung.

Der zweite Grund für die Veröffentlichung dieser Schrift ist meine Kritik an der deutschen Sozialpolitik. Sie wurde begonnen im Jahre 1922 mit meinem Vortrage: «Gegen die Versteinerung der deutschen Sozialpolitik.» (Veröffentlicht in meiner Schrift: Moderne Sozialpolitik. Sieben-Stäbe-Verlag, Zehlendorf). In Reichstagsreden und Schriften habe ich seitdem diese Kritik weitergeführt, zuletzt bei der Generalversammlung der Gesellschaft für soziale Reform in Hamburg, Juni 1927. Dort haben meine Ausführungen auch teilweise scharfen Widerspruch gefunden, wurden oft nicht verstanden, wurden oft mißverstanden. Da meine Hamburger Ausführungen sich zum Teile auf den Inhalt des hier abgedruckten Vortrages stützten, bin ich dem Verlag dankbar, daß er diese Schrift einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich macht.

In meinem öffentlichen Wirken komme ich aus der Sozialpolitik, enger gefaßt: aus der Gewerkvereinsbewegung. Gewerkschaftsbewegung und Sozialpolitik stehen mir also besonders nahe, und ich bin heute noch beruflich in diesem Spezialgebiet tätig. Nie aber konnte ich rein sozialpolitischer Spezialist sein, bin vielmehr von Natur Politiker, der versucht, die Zusammenhänge des Ganzen zu sehen, Ursache und Wirkung nicht nur auf einem Sondergebiet, sondern in all ihren Gemeinsamkeiten, Gegensätzlichkeiten und Besonderheiten zu verfolgen und zu verstehen.

Von dieser Gesamtanschauung aus sehe ich seit Jahren, im gewissen Sinne seit Jahrzehnten, einen wachsenden Gegensatz zwischen dem Götzen, der sozialpolitisch angebetet wird, und dem wirklichen Inter-

esse des Arbeitnehmers, der Wirtschaft und der Natur. Kurz gesagt: ich empfinde sehr scharf den Gegensatz zwischen dem neuen Staate der Demokratie, d. h. der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung aller Bürger, und dem Fürsorgestaat der wilhelminischen Zeit. Daß man für Menschen, die sich selbst nicht helfen können, sorgt, ihnen hilft, ihnen durch Gesetz und Verwaltung eine Lebensmöglichkeit gibt, entspricht nicht nur dem feinern Sozialempfinden unserer Zeit, sondern entspricht auch den modernen Auffassungen der Demokratie. Daß der Staat erwachsene gesunde Menschen bevormundet, obwohl sie in der Lage sind, sich besser selbst zu helfen, scheint mir nicht nur der Idee des demokratischen Staates zu widersprechen, sondern widerspricht dem tiefern Interesse der Bürger und nicht zuletzt der Arbeitnehmer.

Deshalb geht meine erste Forderung dahin: Nehmt System, Art und Form der heutigen Sozialpolitik nicht als etwas Naturgegebenes, als etwas Unabänderliches, Selbstverständliches, sondern prüft noch einmal nach, ob ein Weg, der zu Bismarcks Zeiten vielleicht richtig war, auch heute, unter teilweise völlig veränderten Verhältnissen, noch richtig ist. Mir scheint, der Weg ist falsch. Aber auch wenn er richtig ist, prüft ihn noch einmal mit kritischen Augen nach. Prüft, ob in einer Zeit, die millionenstarke gewerkschaftliche Organisationen kennt, in der Reich, Staat und Gemeinden von Vertretern der Arbeitnehmer teils geführt, immer aber stark beeinflußt werden, noch genau so Fürsorgepolitik betrieben werden muß wie zu Bismarcks Zeiten. Prüft noch einmal und geht nicht bloß aus geistiger Trägheit in den alten Geleisen. Prüft und türmt nicht bloß ein gigantisches Gesetz, eine gigantische Organisation auf die andere. Es gibt bis jetzt wenige, die dem Ruf nach Selbstkritik gefolgt sind. Unsere Zeit hatte und hat viele andere Sorgen. Wenn an der Versteinierung des Staatsorganismus aber nicht eines Tages unsere junge Demokratie scheitern soll, kommen wir um dies Nachdenken nicht herum.

Die aus einem versteinerten Hegelianismus stammende Versteinierung des Staatsorganismus wird ja jetzt in Italien, im Faschismus, auf die höchste Spitze getrieben. Insofern könnte man sagen, die Zeichen der Zeit wiesen eher auf eine Festigung und Vermehrung der Staatseingriffe hin, als daß in meinem Sinne eine Lockerung einträte. Das mag äußerlich gesehen stimmen. An die Dauer dieser Entwicklung glaube

ich nicht. Und weil ich diese Entwicklung nicht will, drum bekämpfe ich sie. Wenn wir zum Zunftstaat kommen, dann ziehe ich die staatlich kontrollierte freie Zunft der staatlich erzwungenen Zwangszunft vor. Soviel Zentralisation und auch Zwang im Zuge der Zeit liegt, wir müssen mit aller Kraft dahin streben, tunlichst viel Raum freizuhalten für private Initiative, für Persönlichkeitswerte, für Bewegungsfreiheit und Eigenbestimmung auch der Arbeitnehmer. Um die Gedankengänge meines Vortrages bei der Gesellschaft für Sozialreform auch den Lesern dieser Schrift nahezubringen, gebe ich mit Zustimmung des Verlages die Leitsätze auch dieses Vortrages als Anhang. Beigefügt wird außerdem ein Aufsatz, der zuerst in der «Vossischen Zeitung» erschien. An der Kritik des Gesetzentwurfs zur Arbeitslosenversicherung soll gezeigt werden, wie auch im Rahmen der staatlichen Zwangsversicherung der individuellen Eigenart der Gruppen und des einzelnen mehr Spielraum verschafft werden kann, als heute üblich ist.

Die deutschen Unternehmerkreise verfolgen meine Kritik an der Sozialpolitik da und dort mit einem zustimmenden Auge. Das würde mich sehr freuen, wenn ich annehmen könnte, daß sie nicht nur meiner Kritik, sondern auch den positiven Vorschlägen zustimmen: nämlich höhere Löhne zu zahlen. Diese höheren Löhne und Gehälter können gezahlt werden aus einer ertragreicheren Wirtschaft. Darf man erwarten, daß das deutsche Unternehmertum baldigst auf diese Vorschläge eingeht?

Widerspruch findet meine Kritik am stärksten bei den Leitern der großen Zwangsversicherungsanstalten und bei der Sozialdemokratie. Das erstere ist verständlich, das letztere sollte unverständlich sein. In der Seele der Sozialdemokraten leben zwei Ideen friedlich nebeneinander, eine liberale und eine konservative. Das liberale Element in der Sozialdemokratie hat die millionenstarke Gewerkschaftsbewegung geschaffen. Es traut den Arbeitnehmern zu, daß sie große Gewerkschaften leiten können. Ja, mehr: es traut ihnen zu, daß sie etwa als Aufsichtsratsmitglied im Auftrage des Betriebsrats den größten Betrieb mit übersehen und leiten können. Dagegen ist der konservative Bestandteil in der Sozialdemokratie mißtrauisch gegen die Fähigkeiten und Leistungen des einzelnen, will ihn bevormunden, will ihn auch gegen sich selbst schützen und überwachen. Solange die Sozialdemokratie reine

Oppositionspartei war, konnten beide Prinzipien friedlich nebeneinander wohnen. Wo sie Regierungspartei ist oder wo sie sonst herrscht — in den Gewerkschaften, Krankenkassen usw. —, da muß sie oft wählen zwischen dem einen und dem andern. Die Gewerkschaften sind die grandiosesten Selbsthilfeeinrichtungen, die es gibt. Wie können sie auf die Dauer glauben, daß eine staatliche Zwangsorganisation ohne weiteres und in jedem Falle mehr leisten könne als sie selbst? Wenn auf dem Wege der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung die Lage der Arbeitnehmer schneller, durchgreifender zu bessern ist, als auf dem Wege des Zwanges, warum soll der Sozialist dann diesen Weg ablehnen? Kann er wünschen, daß rein um einer Doktrin willen die Massen auf niedrigerer Lebenshaltung festgehalten werden? Kann das mißverstandene Schlagwort «Manchestertum» ihn so täuschen, daß er den leichteren Weg aufgibt und den schwereren wandern will? Unsere heutige Sozialpolitik hat nichts Sozialistisches. Kein Sozialist kann sich ideengemäß gezwungen fühlen, die Sozialpolitik Bismarcks unverändert weiterzuführen. Nur Denkrägheit könnte eine solche unglückliche Haltung veranlassen.



**W**IRTSCHAFT UND SOZIALPOLITIK! ICH HABE DAS Thema mit vollem Bewußtsein so gestellt. In der Regel redet man entweder nur über die Wirtschaft, oder man redet nur über die Sozialpolitik. Im Unternehmerlager ist es üblich, all die Wünsche, Forderungen usw. zusammenzustellen, die man für die Förderung der Wirtschaft für notwendig hält. Aus der Arbeitnehmerschaft heraus kommt die Forderung nach Sozialpolitik, oft ohne daß man die wirtschaftlichen Wirkungen bedenkt. Dem durchschnittlichen Unternehmer ist die Sozialpolitik ein Greuel; er will «Wirtschaftspolitik» haben, die eben nur auf die Förderung der Wirtschaft eingestellt ist. Allenfalls läßt er sich die Sozialpolitik gefallen, weil er muß, weil die politischen und gewerkschaftlichen Machtverhältnisse nun einmal dazu zwingen. Aber im tiefsten Grunde ist der durchschnittliche Unternehmer ein Gegner der Sozialpolitik. Umgekehrt ist es manchmal so bei der Arbeitnehmerschaft. Es wird eine Reihe von sozialpolitischen Forderungen aufgestellt, es wird dafür gekämpft und gerungen, viel zu selten wird überlegt, wie die Durchführung dieser Forderungen wirtschaftlich wirkt, und es kann deshalb auch vorkommen, daß sozialpolitische Gesetze durchgeführt werden, die wirklich einmal wirtschaftsschädlich sind. Der Unternehmer sagt: «Um die Sozialpolitik brauche ich mich nicht zu bekümmern. Das besorgen schon die Gewerkschaften und die Parteien. Ich habe nur die Aufgabe, ihnen gegenüber eine abwehrende Stellung einzunehmen.» Der Arbeitnehmer sagt: «Wie es der Wirtschaft geht, ist nicht meine Sache. Dafür haben die Unternehmer zu sorgen. Ich habe nur die Aufgabe, dafür einzutreten, daß ich möglichst viel erhalte.»

Diese Art, die Dinge zu sehen, mag vielleicht vor dem Kriege gängig gewesen sein. Sie war auch damals falsch; aber man konnte damals für sie ein gewisses Verständnis haben. Die Wirtschaft hat sich in einer jahrelangen Entwicklung gut herausgearbeitet. Unzweifelhaft hat lange Zeit hindurch der Arbeitnehmer nicht das erhalten, was ihm zustand. Erst recht waren die sonstigen sozial Bedrängten benachteiligt, die schutzlosen Frauen in der Industrie, die Kinder, die in jungen Jahren zur Arbeit gezwungen waren, die Kranken, die Alten, die Waisen. Reichtum war da, er wuchs von Jahr zu Jahr, gewissermaßen automatisch. Die technischen Verbesserungen setzten sich ohne

große Geräusche durch. Unter solchen Verhältnissen war es zunächst richtig, zu fordern, daß nun auch den Arbeitnehmern und sozial Bedrängten ein größerer Anteil an den Errungenschaften zuteil wurde. Der Reichtum war da, er mußte nur besser verteilt werden. Und das war mehr eine Frage der Verteilungspolitik als der Wirtschafts- und Produktionspolitik.

Ganz anders sind die Verhältnisse nach dem Kriege und nach der Inflation. Die Völker sind arm geworden, die Kaufkraft ist geschwächt. Die Völker sind verschuldet und müssen einen sehr viel größeren Teil ihres ohnehin geringen Einkommens in Form von Zinsen, Steuern, Reparationen an andere Völker zahlen. Die Inflation hat die breiten Kreise der Sparer und Gläubiger ihrer Vermögen ganz oder teilweise beraubt. Es sind drei Millionen Menschen mehr in der Produktion tätig; sie haben früher von Renten, Zinsen usw. gelebt, jetzt müssen sie ihren Lebensunterhalt wieder durch Arbeit erwerben. Wie sollen die Schulden bezahlt werden? Wie soll die Neubildung von Kapital vor sich gehen? Wie soll die Kaufkraft gesteigert werden? Es gibt nur eine Antwort auf alle diese Fragen: wir müssen zu einer höheren Technik übergehen.

In einer solchen Lage kommt der Zusammenhang zwischen Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik schärfer zum Ausdruck als früher. Die Decke der Kaufkraft ist zu klein geworden; von allen Seiten wird daran gezerrt. Die Unternehmer suchen einen größeren Teil davon für sich zu behalten, damit sie Kapital aufspeichern können. Der Staat zerrt an der Decke, weil er Steuern braucht, um Schulden, Reparationen und Arbeitslosenunterstützungen bezahlen zu können. Der Arbeitnehmer zerrt an der Decke, weil er sich gegen ein soziales Herabsinken sträubt, weil er in Erinnerung hat, daß es vor dem Kriege besser gegangen ist, und den damaligen Standard of life mindestens erhalten möchte. Das geschärfte soziale Gewissen zerrt an derselben Decke, um dem Elend der Arbeitslosen, der Kriegsbeschädigten, der Witwen und Waisen in etwas zu steuern. So entsteht ein Gezerre hin und her. Der eine klagt den andern der Verschwendung an, der Beraubung. Es entsteht der Kampf aller gegen alle. Deshalb tritt deutlicher als früher der Zwang hervor, sich zu überlegen, ob man nicht die Decke vergrößern muß, um die Blöße der vielen, die darunter liegen, zu bedecken; ob es einen

Sinn hat, an der Decke hin und her zu zerren, wobei bestenfalles doch nichts anderes herauskommen kann, als daß an der einen Seite etwas zugedeckt wird und dafür an der anderen Seite eine neue Blöße entsteht.

Lassen Sie mich beginnen mit einigen kritischen Bemerkungen über die Sozialpolitik. Ich meine mit den nachfolgenden Erörterungen zunächst die Sozialpolitik, die sich auf das Versicherungswesen, Renten und Unterstützungen bezieht. Ist diese Art von Sozialpolitik wirklich geeignet, die Kaufkraft der Massen der Bevölkerung zu erhöhen? Die Unternehmer sind geneigt, diese Frage ohne weiteres zu bejahen; denn sie gehen von der Anschauung aus, daß, wenn die sozialpolitischen Versicherungseinrichtungen nicht beständen, sie die Gelder für die Beiträge nicht aufzubringen brauchten. Das Geld bliebe dann in den Kassen der Unternehmungen und käme als gesteigerter Gewinn zum Vorschein. Die Arbeitnehmer gehen seit Jahrzehnten von ähnlichen Gesichtspunkten aus. Sie glauben durch die sozialen Versicherungseinrichtungen mehr zu erhalten, als sie erhalten würden, wenn diese Einrichtungen nicht beständen. Wie ist der Zusammenhang in Wirklichkeit? Es ist nicht ganz leicht, durch die Schleier hindurchzuschauen. Der Unternehmer zahlt für jeden beschäftigten Arbeiter monatlich soundsoviel an Beiträgen aus der Kasse seiner Unternehmung und ist geneigt, diese Beträge als eine besondere Leistung an seine Arbeitnehmer aufzufassen. Auch der Arbeiter, der krank oder Invalide ist, glaubt durch Krankengelder oder Invalidenrenten etwas zu erhalten, was er nicht erhielte, wenn die Versicherungseinrichtungen nicht beständen. In all diesen Anschauungen ist vielleicht etwas Richtiges. Es fragt sich, ob sie in ihrer Gesamtheit und ihrer gesamtwirtschaftlichen Wirkung zutreffend sind. Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten. Man muß an die Beurteilung dieser Dinge einmal herangehen von einem andern Gesichtspunkte aus. Stellen wir uns einmal vor, Bismarck hätte im Jahre 1883 nicht das Krankenversicherungsgesetz eingebracht und hätte 1884 nicht die Unfallversicherung durchgesetzt und hätte 1889 nicht das Invalidenversicherungsgesetz zur Annahme gebracht. Wie wären dann heute die Verhältnisse? Würden Lohn und Lebenshaltung dieselben sein wie heute? Wenn das der Fall wäre, dann könnte man wirklich sagen, die sozialen Versicherungseinrichtungen sind ein zusätzliches

Einkommen, das die Versicherten als Gesamtheit über ihren Lohn hinaus erhalten. Nun kann man aber eines ganz sicher sagen, nämlich: wenn alle diese sozialen Versicherungseinrichtungen nicht vorhanden wären, dann wäre ein stärkerer Drang in den Arbeitnehmermassen entstanden, höhere Löhne zu erhalten, das heißt, höhere Kaufkraft zu gewinnen und einen Teil dieser Kaufkraft aufzuspeichern für die Zeit der Not und der Krankheit. Einen Teil dieser aufgespeicherten Kaufkraft, mit anderen Worten, einen Teil der ersparten Gelder hätten die Arbeitnehmer entweder angelegt in freiwilligen Versicherungskassen, die ihnen in der Zeit der Not Krankengelder oder Invalidenrenten gewährten, oder aber sie hätten das Geld auf die Sparkassen gebracht und hätten in Zeiten der Not von diesem Sparkapital und seinen Zinsen gelebt. Was ich behaupte, ist also: wären die sozialen Versicherungseinrichtungen nicht vorhanden, so hätten die Arbeiter und Angestellten höhere Realeinkommen durchgesetzt und hätten sich davon entweder selber versichert oder durch Ersparnisse selber gesichert. Ich gehe sogar soweit, zu behaupten, daß der Gesamteffekt für die arbeitnehmenden Schichten günstiger wäre, als er bei der sozialen Versicherung ist. Das will heißen: die Arbeitnehmerschaft als Gesamtheit hätte ohne die soziale Versicherung ein sehr viel höheres Einkommen infolge höherer Löhne und Gehälter erzielt, als sie jetzt hat bei niedrigeren Löhnen und Gehältern plus Auszahlungen der sozialen Versicherung. Denn das Vorhandensein der sozialen Versicherung hat die Wirkung, daß der einzelne nicht mehr so sehr genötigt ist zu sparen und für seine Zukunft zu sorgen. Er fühlt sich bis zu einem gewissen Grade geborgen durch die in Notfällen einsetzenden Leistungen der sozialen Versicherung. Solange es ihm gut geht, besonders solange er jung ist, ist er geneigt, die Höhe dieser Leistungen zu überschätzen. Wie gering sie sind, merkt er erst, wenn er in die Lage kommt, davon Gebrauch machen zu müssen. Aber auch diese geringen Leistungen genügen, um den Spartrieb zu hemmen. Das lähmt den Kampf für höhere Löhne und Gehälter bzw. für höhere Kaufkraft. In vollem Gegensatz zu allem, was also sonst in Deutschland geglaubt wird, behaupte ich, daß die soziale Versicherung das Gesamteinkommen der arbeitnehmenden Schichten herabdrückt und nicht steigert. Der höhere Lohn, der ohne soziale Versicherung gezahlt werden müßte und gezahlt würde, machte im Ge-

samtergebnis ein Vielfaches von dem aus, was heute die soziale Versicherung leistet. Die Leistungen der sozialen Versicherungen sind also nicht etwa ein zusätzliches Einkommen, sondern man kann sagen: durch die soziale Versicherung wird mit erheblich geringeren Aufwendungen ein Ergebnis erreicht, das ohne sie nur mit bedeutend höheren Aufwendungen erreicht werden könnte. Ganz klar ausgedrückt: die soziale Versicherung drückt den Lebensstandard zum mindesten des gesunden und leistungsfähigen Arbeiters herab, und der einzige größere wirkliche Vorteil der sozialen Versicherung besteht vielleicht darin, daß sie ihre Leistungen jedem Versicherten zuteil werden läßt, auch dem also, der nicht freiwillig sparen würde, sondern der in dem Fall, daß er ein höheres Einkommen erhielte, es in gesunden Tagen verschleuderte und dann in Notfällen der Armenpflege anheimfiele. Also wenn Sie wollen: die soziale Versicherung hat eine gleichmäßigere Verteilung zur Folge; sie bringt allen ein Mindestmaß, aber sie bringt auch allen ein Mindermaß.

An diese Zusammenhänge muß man besonders heute denken, wo die allgemeine Decke der Kaufkraft zu klein ist und wo jeder die Decke hin und her zerrt. Ich weiß nicht, ob ich mit diesen ketzerischen Ansichten in diesem Kreise viel Zustimmung finde; ich bezweifle es sogar. Aber zum Beweis für meine Behauptung möchte ich daran erinnern, daß in all den Ländern, die entweder gar keine oder keine so weit durchgearbeitete Sozialversicherung haben wie wir, die Lebenshaltung der Massen höher ist als bei uns. Das zeigt sich in ganz überwältigender Weise in den Vereinigten Staaten, zeigt sich aber auch in Holland und überhaupt in allen den Industriestaaten, die keine durchgebildete Sozialversicherung haben. Die Staaten ohne starke Industrie stehen unter teilweise anderen Einflüssen, z. B. Frankreich, Italien u. a. Gewiß wäre es zuviel behauptet, wenn man sagen wollte, der amerikanische Arbeiter hat doppelt soviel Kaufkraft wie sein deutscher Kollege, weil es dort keine Sozialversicherung gibt. Es spielen natürlich eine ganze Reihe von Faktoren hinein, wenn der amerikanische Arbeiter doppelt soviel Kaufkraft erhält als sein deutscher Kollege. Aber einer dieser Faktoren ist ganz gewiß die Tatsache, daß der amerikanische Arbeiter mehr auf höheren Lohn hinsteuern muß, wenn er sich für seine Zukunft versorgen will. Wir stehen nicht mehr an der Spitze der so-

zialen Versicherungseinrichtungen in Europa. England hat uns in dieser Richtung überflügelt. Aber ich möchte auch hier die ketzerische Behauptung wagen, daß der englische Arbeiter günstiger stand, mehr Kaufkraft erhielt, als es in England noch keine Sozialversicherung gab. Herr Professor Aereboe hat mit Bezug auf die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft die Behauptung aufgestellt, daß die Rationalisierung und technische Verbesserung der deutschen Landwirtschaft aufgehalten worden sei infolge der niedrigen Löhne des deutschen Landarbeiters, der ja zum Teil ein polnischer Wanderarbeiter war. Ich erweitere diesen Gedankengang auf die gesamte deutsche Arbeitnehmerschaft und sage jetzt zusammenfassend: der Reallohn des gesunden deutschen Arbeitnehmers wäre ohne Sozialversicherung höher, als er heute ist.

Warum stellen wir diese Untersuchungen gerade heute an im Zusammenhang des Themas «Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik»? Ich tue es deshalb, weil es nach meiner Anschauung jetzt und in den nächsten zehn Jahren sehr viel wichtiger ist, den Reallohn des gesunden, leistungsfähigen weiblichen und männlichen Arbeitnehmers zu erhöhen, als die Bezüge der Sozialrentner um einige Mark zu steigern. Wir haben im Reichstag vor kurzem ein Gesetz verabschiedet, durch das die Beiträge und Leistungen der Invalidenversicherung erhöht werden. Soviel ich mich erinnere, gibt dieses Gesetz den Beziehern von Renten aus der Invalidenversicherung eine jährliche Mehrleistung von etwa zweihundert Millionen Mark. Die Christlichen Gewerkschaften und insbesondere Herr Stegerwald sind außerordentlich stolz darauf, daß es ihnen im Rechtsblock möglich gewesen ist, diese Steigerung der Leistungen durchzusetzen. Es ist gewiß richtig, daß die derzeitigen Bezieher von Renten dadurch einen kleinen Vorteil haben. Dieser Vorteil beträgt für den Rentenbezieher in der höchsten Lohnklasse jährlich 150 Mk. Das ist nicht zu verachten. Wenn aber statt dieser Erhöhung der Renten die insgesamt etwa achtzehn Millionen Arbeiter der Industrie und der Landwirtschaft beim Achtstundentag eine Lohnerhöhung von einem einzigen Pfennig pro Stunde erhalten hätten, dann wäre das auf den Kopf des Arbeiters eine jährliche Lohnerhöhung von 24 Mk., und für die achtzehn Millionen Arbeiter wäre es eine Gesamterhöhung der Bezüge von 312 Millionen Mark. Ein einziger Pfennig Lohnerhöhung pro

Stunde bringt also fast das Doppelte an Kaufkraft in Umlauf, als diese gesamte Reform der Invalidenversicherung, die jetzt vorgenommen worden ist. Anders gesagt: die ganze jetzt eingetretene Verbesserung der Invalidenversicherung ist gleich einer durchschnittlichen Lohnerhöhung von 0,6 Pf. pro Stunde. Man sieht, daß diese Verbesserungen verschwinden gegenüber den natürlichen Verbesserungen, die durch Steigerung der realen Kaufkraft eintreten. Vorhin schon habe ich behauptet und wiederhole hier: Für jetzt und für die nächsten zehn Jahre ist es unendlich viel wichtiger, daß man Sozialpolitik betreibt durch Steigerung der Kaufkraft des gesamten Volkes statt durch Verbesserung der sozialen Versicherung. Und damit kommen wir erst auf den engen Zusammenhang zwischen Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik. Eine Steigerung der Löhne und Gehälter, soweit sie als Steigerung der realen Kaufkraft möglich ist, erfordert und erzwingt technische Verbesserungen, Modernisierung der Betriebe, Modernisierung der Technik. Das hat eine höhere Produktivität der Arbeit zur Folge. Diese höhere Produktivität setzt sich entweder in weiter gestiegene Löhne oder in herabgesetzte Preise um. In beiden Fällen tritt eine Erhöhung der Kaufkraft ein. Ich will mich nicht gegen die soziale Versicherung wenden, weil ich weiß, daß sie auch im Rahmen meines Gedankenganges insofern einen Wert hat, als sie denen, die nicht sparen können, in Zeiten der Not auch noch ein Existenzminimum gibt. Aber der gesunde, leistungsfähige Arbeitnehmer verschlechtert durch die staatliche Zwangsversicherung seine Lage eher, als daß er sie verbessert.

In diesem Zusammenhang wäre es auch noch von Wichtigkeit, sich einmal darüber klar zu werden, ein wie großer Teil des Arbeitseinkommens bei Arbeitern und Angestellten von den Lohnabzügen bzw. von den Sozialbeiträgen aufgezehrt wird. Herr Kollege Ziegler hat freundlicherweise versucht, darüber zuverlässige Unterlagen zu beschaffen, die für die Beurteilung der Sozialversicherung von großer Bedeutung sind. Die nachstehenden Tabellen geben den Tages- und Monatsverdienst des Arbeiters wieder, die Abzüge für Krankenversicherung, Invalidenversicherung, Knappschaftsversicherung, Erwerbslosenfürsorge und Steuern. Dazu treten noch die Beiträge, die der Arbeitnehmer normalerweise als Gewerkschaftsbeitrag zu bezahlen hat.

Daraus ergibt sich, daß zum Beispiel bei einem Hüttenarbeiter der

Lohnabzug im Monat einschließlich Gewerkschaftsbeitrag zwischen 20 und 24 % des Gesamteinkommens aufzehrt. Ähnlich ist es bei einem Bergarbeiter. Bei den Arbeitern aus einer Blechwarenfabrik schwankt der Prozentsatz zwischen 11 und etwa 15 %. Für die Zwangsspareinrichtungen — denn als solche kann man die verschiedenen Einrichtungen bezeichnen — geht also rund etwa ein Fünftel des Gesamteinkommens ab. Löhne und Gehälter übersteigen heute zwar in der Regel den vor dem Kriege üblichen Nominalbetrag, bleiben aber meist noch unter dem Realwert, den sie vor dem Kriege hatten. Da heute die Sozialbeiträge erheblich höher sind als vor dem Kriege, so ist der übrigbleibende Teil an realer Kaufkraft noch erheblich unter dem vor dem Kriege üblichen Betrage.

Wenn man für unsere allgemein-wirtschaftlichen Zustände einen Vergleich sucht aus der Vergangenheit, so findet man ihn am besten in der Zeit der Nachwirkung der Napoleonischen Kriege. Auch damals ist Europa verarmt; auch damals haben Inflationen ganze Wirtschaftsgebiete erschüttert. Auch damals stand die Frage so, ob man durch Herabsetzung der Lebenshaltung und gleichzeitige vermehrte Arbeit den Zustand der Armut überwinden kann, wie man es zum Beispiel nach dem Dreißigjährigen Kriege getan hatte. Aber nach den Napoleonischen Kriegen kam ein neuer Faktor in die Wirtschaft hinein, der einen anderen Weg der Überwindung der Armut ermöglichte: das war die Maschine, überhaupt die Ausbildung der Technik. Gewiß, die Maschine war schon vor den Napoleonischen Kriegen erfunden; aber sie hat erst hinterher, etwa bis um das Jahr 1840 herum, ihren Siegeszug begonnen. Zunächst in England, dann im übrigen Europa. Die Maschine und das Maschinenzeitalter überwandern nicht nur die Zerstörung und die Armut, die aus den Napoleonischen Kriegen entstanden war. Schon um 1850 herum war Europa reicher, als es je früher gewesen war. Die Kaufkraft der Gesamtbevölkerung stieg rapide, weil die Maschine soviel mehr und soviel billigere Ware herstellen konnte, daß viel mehr Bedürfnisse befriedigt wurden als vorher. Jetzt wiederholt sich dieser Prozeß. Wir brauchen und können weder die Kriegsschulden noch die Reparationen durch Herabsetzung der Lebenshaltung bezahlen, sondern wir können sie durch gesteigerte, verbesserte Technik bezahlen. Die verbesserte Technik vermehrt und verbilligt die Produktion und ge-





währt uns dadurch die Mittel, nicht nur die Kriegsschulden und alles, was dazu gehört, zu bezahlen, sondern auch noch einen Teil für gesteigerte Lebenshaltung zu gewinnen. Die Arbeit wird ertragreicher gemacht, die Produktivität der Betriebe steigert sich. Und unsere Aufgabe besteht nur noch darin, diesen Prozeß zu beschleunigen und zu vertiefen, um der Vorteile in vollem Umfange schneller teilhaftig zu werden. In einer Reichstagsrede habe ich am 9. März d. J. eine Reihe von Beweisen für diese Behauptung angetreten.

Wie wir alle wissen, tritt diese Steigerung der Produktivität nicht von selber ein; sie muß schwer erkämpft und errungen werden. Sie erfordert zum Teil eine ganz andere Einstellung sowohl der Unternehmer wie der Arbeitnehmer. Es ist nicht nur eine wirtschaftspolitische, sondern auch eine sozialpolitische Frage, sich mit diesen Notwendigkeiten auseinanderzusetzen. Die alte Auffassung der Betriebsleitungen und Unternehmer, die vor dem Kriege gang und gäbe war, ging von den Produktionskosten aus. Alle Kunst wurde darin erblickt, die Produktionskosten herabzudrücken. Das war gewiß richtig und ist auch heute richtig. Aber man glaubte damals, einen Vorteil erzielt zu haben, wenn man die Produktionskosten auch zuungunsten der Löhne herabminderte. Eine Lohnherabsetzung oder eine verhinderte Lohnsteigerung galten für einen Fortschritt in der Herabsetzung der Produktionskosten. Man machte sich damals keine Gedanken um den Absatz. Die Absatzmöglichkeiten wurden als gegeben hingenommen, sobald es nur gelungen war, die Produktionskosten genügend tief herabzudrücken, sei es auch auf Kosten der Löhne. Der Unternehmer brauchte sich nicht darum zu kümmern, woher die Kaufkraft kam, die vorhanden sein mußte, wenn seine Produkte verkäuflich sein sollten. Er sah nur sein Produkt, seine Ware, und die Vergrößerung des gesellschaftlichen Reichtums und damit die Erhöhung der Kaufkraft waren stark genug, um den Unternehmer von der allzu großen Sorge, wo er seine Ware verkaufen könne, zu entlasten. In dieser Richtung ist eine große Änderung eingetreten. Es fehlt nicht an Produktion, sondern an Kaufkraft. Und von Amerika herüber ist allmählich die Einsicht zu uns gekommen, daß diese Kaufkraft einer systematischen Pflege bedarf. Auch heute noch ist es richtig, ja es ist heute richtiger als je, daß es nötig ist, die Produktionskosten zu senken. Aber es beginnt die Erkenntnis aufzukeimen, daß diese

Senkung der Produktionskosten nicht zuungunsten der Kaufkraft der Bevölkerung, das heißt nicht zuungunsten des Lohn- oder Gehaltsempfängers, erfolgen darf. Die Kaufkraft muß gepflegt, sie muß planmäßig gehoben, sie muß sogar künstlich erzeugt werden. Infolgedessen muß der Spielraum zur Herabsetzung der Produktionskosten nicht mehr beim Lohn, sondern bei den anderen Faktoren der Unkostenberechnung gesucht werden. Die Zeit, die auf das einzelne Arbeitsprodukt verwandt wird, muß abgekürzt werden, die Produktion muß beschleunigt werden, die Läger müssen vermindert, die Vorräte herabgesetzt, der Betrag des auf das einzelne Stück entfallenden Kapitals muß ebenfalls herabgesetzt werden. Hier liegen die Quellen für Ersparnisse beim Produktionskostenkonto. Lohn und Gehalt aber müssen erhöht und gesteigert werden. Das heißt, bei der gesteigerten Produktion sinkt der Lohnanteil auf das einzelne Stück, aber der Gesamtverdienst der beschäftigten Arbeitskräfte steigt trotzdem infolge der gewaltig gesteigerten Stückzahl. Hier liegt die Lösung sowohl für die Schuldenfrage als für die Verarmung, als für die Kaufkraft. Der Zufall hat mir einen Plan auf den Tisch geworfen, der diese Zusammenhänge an einem besonders klaren Beispiel drastisch hervorhebt. Ein großes rheinisches Stahlwerk, das außerhalb des Trusts der Vereinigten Stahlwerke steht, ist durch die Rationalisierung und Modernisierung der Produktion, die die Vereinigten Stahlwerke in ihren Betrieben vorgenommen haben, ebenfalls gezwungen, darüber nachzudenken, wie die Produktion verbilligt werden kann. Die Betriebsleitung hat dazu einen umfassenden Plan ausgearbeitet. In dem mir zur Verfügung stehenden Schriftstück werden die Vorschläge folgendermaßen zusammengestellt. Durch technische Verbesserungen sollen Ersparnisse in folgender Weise erzielt werden:

	je Tonne Roheisen
1. Aus der Zementfabrikation. . . . .	1,50 Mk.
2. Aus der Verbesserung des Gaswirtschaft, Minimum .	1,10 „
3. Durch Mechanisierung des Vergießens und Verladens von Spezialroheisen . . . . .	0,24 „
4. Durch Schaffung eines günstig gelegenen und mit modernen Transportmitteln ausgestatteten Roheisenlagerplatzes. . . . .	0,22 „
	<hr/> Übertrag: 3,06 Mk.

	je Tonne Roheisen
Übertrag:	3,06 Mk.
5. Durch Schaffung eines zweckmäßig gelegenen und mit einem Motordrehkran ausgerüsteten Thomaseisengießkrans . . . . .	0,07 „
6. Durch Schaffung eines direkt an den Hochöfen im Anschluß an die Erztaschen der E. O. I gelegenen, modern ausgestatteten Erzlagerplatzes . . . . .	0,45 „
7. Durch Aufstellung eines neuen, 45 m langen Drehrohofens . . . . .	0,16 „
8. Durch Zentralisierung und Modernisierung der Werkstätten . . . . .	0,40 „
9. Durch Errichtung von fünf an den Gebläsen der E. O. II noch fehlenden Abhitzkesseln . . . . .	0,12 „
Zusammen:	4,26 Mk.

Der in Frage kommende Betrieb stellt bei normaler Tätigkeit in 24 Stunden 2000 t Roheisen täglich her. Bei stark angespanntem Betriebe kann diese Produktion auf 3000 t täglich erhöht werden. Nach der oben wiedergegebenen Rechnung kann durch die vorgeschlagenen technischen Verbesserungen in dem Gesamtarbeitsprozeß eine Ersparnis von 4,25 Mk. auf jede Tonne Roheisen erzielt werden. Bei normalem Betrieb können also täglich  $2000 \times 4,25 = 9000$  Mk. Ersparnis erzielt werden; bei der Vollproduktion von 3000 t beträgt die Ersparnis täglich 13000 Mk., im ersteren Falle also jährlich 2700000 Mk. und im andern Falle 3900000 Mk. Um diese Ersparnis zu erzielen, müssen in den Betrieb neu hineingesteckt werden Anlagen im Gesamtwert von 10265000 Mk. Mit der Aufwendung dieser Summe kann die erwähnte jährliche Ersparnis von 2,7 Millionen erzielt werden; das heißt, der neu in den Betrieb hineingesteckte Betrag wird durch die Ersparnisse in vier Jahren gedeckt. Da aber die neuen Einrichtungen sehr viel länger als vier Jahre aushalten, so entsteht durch diese Verbesserung eine sehr beträchtliche Erhöhung der Produktivität.

Dieses Beispiel hebt auch eine andere Seite dieser ganzen Rationalisierung hervor, nämlich die Neuaufwendung von Kapital. Dies Kapital können wir entweder gewinnen aus eigenen Ersparnissen; dann muß man feststellen, daß, je mehr der Lohn sich von einem Existenzlohn

und einem Lebenslohn zu einem Sparlohn umwandelt, das heißt, je mehr es dem Lohnempfänger möglich ist, von dem Lohn nicht nur zu existieren, sondern Ersparnisse zu machen, um so schneller können wir aus eigener Kraft diese Neuanlagen bezahlen. Soweit das aber nicht möglich ist, ist hier offenbar die Stelle, wo man auch mit Nutzen Auslandsanleihen verwerten kann. Wenn man annimmt, daß ein solch großes Werk eine Auslandsanleihe zu 8 % erhält, also in etwa zwölf Jahren den Gesamtbetrag der Anleihe an Zinsen aufwenden muß, und wenn wir dann andererseits sehen, daß die mit dem neuen Kapital hergestellten Betriebsverbesserungen in vier Jahren sich schon selber bezahlt machen, dann zeigt sich, daß hier die Auslandsanleihen rentabel wirken.

Wenn das in diesem Beispiel ausgedrückte Grundprinzip auf die gesamte deutsche Wirtschaft angewendet wird, dann müssen, wie ich schon vorhin sagte, alte liebgewordene Gewohnheiten und Vorurteile über den Haufen geworfen werden. Die erste ist: der Unternehmer muß von sich aus und in seinem eigenen Interesse dahin streben, immer höhere Löhne zu zahlen oder seine Ware billiger zu verkaufen oder beides zugleich zu tun. Das heißt, er muß dahin streben, die Kaufkraft der breiten Massen des Volkes, nämlich seiner Arbeiter, Angestellten und Aktionäre zu erhöhen. Er muß das nicht unwillig tun, nicht im Kampf, sondern er muß das planmäßig und freudig tun; er muß die Absatzmöglichkeiten seines Betriebes erweitern, indem er die Kaufkraft seiner im Betrieb Beschäftigten oder am Betrieb Beteiligten planmäßig steigert. Natürlich heißt das nicht, daß die Löhne willkürlich erhöht werden können. Im allgemeinen wird man sagen können, die Steigerung der Produktivität des Betriebes muß vorausgehen. Aus dem Erträgnis dieser Steigerung aber muß die Steigerung der Kaufkraft erfolgen. Dadurch vermehrt sich der Umsatz; der vergrößerte Umsatz macht weitere technische Verbesserungen und Verbilligungen möglich, und dieser Kreislauf ist praktisch unbegrenzt. Es gibt keine prinzipielle Grenze für die Steigerung der Produktivität der Arbeit. Es gibt eine Grenze, die durch den jeweiligen Stand der Technik gezogen ist; aber die Technik ist weiter entwicklungsfähig, und zwar praktisch unbegrenzt entwicklungsfähig. Wenn jeder Unternehmer so handelt, dann kann sich der Warenumsatz in wenigen Jahren um 10, um 20, um 50 %

erhöhen. Dann ist das Heer der Arbeitslosen in wenigen Jahren von der Wirtschaft wieder aufgesogen, und eine gesteigerte Lebenshaltung aller führt zu einem besser fundierten sozialen Frieden.

Dieselben Probleme, mit denen wir uns hier in Deutschland quälen, beschäftigen die öffentliche Meinung in England. In mancher Richtung ist Deutschland auf diesem Gebiete weiter vorgeschritten als England. Im Jahre 1925 traf ich in den Vereinigten Staaten zwei englische Ingenieure, die die amerikanische Industrie und Wirtschaft studierten, um daraus Schlüsse zu ziehen für die Weiterentwicklung der Technik in England. Sie haben das Ergebnis ihrer Studien in einem kleinen Buch zusammengefaßt, das in England den Titel trägt: «The secret of high wages» (Das Geheimnis der hohen Löhne) von Bertram Austin und W. Francis Lloyd. Auf dem Umschlag dieses Buches geben sie im Telegrammstil folgende sechs Sätze wieder:

- a) Hohe Löhne sind ein Index der Leistungsfähigkeit.
- b) Steigert die Löhne und setzt die Preise herab.
- c) Höhe Löhne bedingen nicht hohe Preise.
- d) Schneller Umschlag vermindert den Kapitalbedarf.
- e) Mangel an Leistungsfähigkeit ist kein schutzbedürftiges Interesse.
- f) Macht keine Kartelle, die Preise festsetzen!

Da die Verfasser des Buches selber Techniker und Ingenieure sind, so kann ich die neuen Leitsätze, die sie ihrem Buche voransetzen, wortwörtlich übernehmen, und ich habe mir erlaubt, Ihnen diese Sätze als Grundlage für unsere heutigen Verhandlungen in einem Sonderdruck auf den Tisch zu legen. Diese neuen Leitsätze lauten wie folgt:

- a) Der Erfolg einer Unternehmung ist in großem Umfange davon abhängig, daß das Personal des Betriebes nur auf Grund von Kenntnissen und Leistungen, nicht aber auf Grund von Berechtigungen, Begünstigung oder Dauer der Dienstzeit angestellt wird.
- b) Der Erfolg einer Unternehmung muß durch eine Steigerung des Gesamtgewinnes bei gleichzeitiger Herabsetzung der Preise für den Verbraucher und bei ebenfalls gleichzeitig gesteigerter verbesserter Qualität erreicht werden. Es ist wichtiger, einen großen Umsatz bei kleinem Nutzen auf das Einzelstück zu erreichen, als einen hohen Gewinn durch Steigerung der Preise bei kleinem Umsatz.

- c) Schnelligkeit des Warenumschlages vermindert den Bedarf an stehendem und umlaufendem Kapital. Bei schnellem Warenumschlag sind der Umfang des Betriebes und die Unkosten, berechnet auf das einzelne Stück, geringer.
- d) Die Produktivität des Betriebes, berechnet auf den Kopf des Arbeiters, läßt sich praktisch ohne Begrenzung durch Zeitersparnis beim einzelnen Arbeitsstück und arbeitsparende Maschinen steigern.
- e) Es ist besser, die Arbeiter in irgendeinem Verhältnis zu der Größe der Produktion als durch festen Tagelohn zu entlohnen. Voraussetzung dazu ist, daß der Betrag des Lohnes, den ein Mann auf Grund des Akkordsatzes verdienen kann, in keiner Weise begrenzt wird. Im Gegensatz zu der in Europa allgemein geläufigen Annahme bedingen hohe Löhne nicht notwendig hohe Preise. Im Interesse des Allgemeinwohles ist es nötig, die Politik der Betriebsleitungen einzustellen auf Erhöhung der Löhne und Herabsetzung der Preise.
- f) Firmen, die miteinander in Wettbewerb stehen, sollten sich von Zeit zu Zeit regelmäßig aussprechen über die Fortschritte, die sie in ihrem Betrieb erzielt haben. Es ist nicht zweckmäßig, wenn einzelne Firmen solche Fortschritte für sich monopolisieren.
- g) Der Kampf gegen die Verschwendung und Verschleuderung ist ein wesentlicher Schritt auf dem Wege zu nationaler Prosperität.
- h) Es ist geschäftlich von größter Wichtigkeit, alle Aufmerksamkeit auf die Wohlfahrt der Arbeiter und Angestellten zu richten.
- i) Wissenschaftliche Untersuchungen und Versuche sind von hervorragender Bedeutung für jeden industriellen Fortschritt.

Aus diesen Leitsätzen ergibt sich auch schon die Kritik, die an den bisherigen Wirtschaftsverhältnissen vielfach zu führen ist. In allen europäischen Staaten, auch in Deutschland, kommt in der Wirtschaft keineswegs immer der Beste und Leistungsfähigste hoch, sondern sehr oft nur derjenige, der die beste Fürsprache und die beste Protektion hat. Besonders Familienmitglieder der Betriebsbesitzer oder Betriebsdirektoren werden oft in hochbezahlten Stellungen untergebracht, für die sie nicht die mindeste Qualifikation mitbringen. Ein wesentlicher Unterschied der Wirtschaft in den Vereinigten Staaten gegenüber der

deutschen besteht darin, daß es dort dem Leistungsfähigen noch leichter ist, vorwärtszukommen, als hier. Es gibt noch nicht in dem Umfange wie bei uns eine Schicht von jungen Leuten, die infolge ihrer Gymnasial- oder Universitätsbildung schon ohne weiteres glaubt, einen Anspruch auf die besten Stellen in der Wirtschaft zu haben. Es herrscht drüben auch noch nicht der Glaube, daß der Jurist alles kann. Die Betriebe werden drüben mehr als bei uns durch den Techniker und Praktiker geleitet, während bei uns der Jurist und der Finanzmann viel zu sehr die ausschlaggebende Rolle spielen. Auch der zweite Satz, daß es wichtiger ist, die Preise zu senken, dadurch den Umsatz zu erhöhen und dadurch einen hohen Gesamtgewinn zu erreichen, ist richtig. Die Schnelligkeit des Umsatzes ist ebenfalls ein Punkt, dessen Wichtigkeit besonders in der Inflationszeit vergessen worden ist. Ford muß bei seiner Fabrikation von täglich 8000 Automobilen 99% seiner Erzeugung noch am selben Tage absetzen, wenn nicht seine Lager sich in wenigen Tagen oder Stunden verstopfen sollen. Ein besonders wichtiger Punkt ist der Punkt e), der zwei Grundsätze enthält. Der eine Grundsatz heißt: Lohn nach Leistung; das heißt nicht notwendig Akkordlohn. In einem modern eingerichteten Betrieb mit Produktion am fließenden Band wird das Tempo der Arbeit durch das Band bestimmt. Es kann weder durch den guten Willen des einzelnen Arbeiters beschleunigt, noch durch den schlechten Willen wesentlich verlangsamt werden. Deshalb zahlt Ford überhaupt keinen Akkordlohn, sondern nur Tagelöhne. In Betrieben, die in der Rationalisierung und Automatisierung nicht so weit gehen können wie eine Automobilfabrik, bleibt es aber vor wie nach wichtig, den Lohn des Arbeiters in ein festes Verhältnis zur Produktion zu bringen. Dieser Grundsatz wird aber in Leitsatz e) ergänzt durch einen andern Punkt, der in Deutschland überhaupt noch kaum verstanden wird. Wenn der Lohn des Arbeiters in irgendeiner Form als Stücklohn festgesetzt wird, dann muß man es ihm überlassen, soviel zu verdienen, wie er kann. Wird bei Stücklohn ein Höchstlohn festgesetzt, der nicht überschritten werden darf, so führt das nur zur Einschränkung der Produktion. Die deutsche Unternehmerschaft beklagt sich vielfach darüber, daß in dem Arbeiter der Individualismus nicht mehr genug lebendig sei, daß alles auf den Durchschnitt eingestellt werde, daß die Besseren und Leistungsfähigeren ihre Interessen der Leistungsfähigkeit des



Durchschnitts unterordnen. In all diesen Beschwerden ist etwas Richtiges. Aber die Unternehmerschaft sollte sich fragen, inwieweit sie selber an diesen Fehlern schuld ist. Wer Stücklohn festsetzt und gleichzeitig einen Höchstverdienst festlegt, wer also nach Erreichung eines gewissen Verdienstes Lohnabzüge macht, schlägt den Individualismus im Arbeitnehmer mit Keulen tot.

Ein Gedanke, der deutschem Unternehmerdenken völlig widerspricht, ist in Leitsatz f) ausgesprochen. Bei uns liegt doch die höchste Summe der Weisheit einer Betriebsleitung darin, ihre besonderen Spezialitäten und Verbesserungen, die sie gegenüber dem Konkurrenten hat, so geheim als möglich zu halten. Die Betriebe sperren sich voreinander ab. Ingenieure, Betriebsleiter und Arbeiter des einen Werkes werden durch Konkurrenzklauseln gezwungen, ihre Kenntnisse nie an andere Betriebe weiterzugeben. Selbst die größten Firmen in Deutschland lassen sich gegenseitig ausspionieren, um irgendeine Kleinigkeit, die der andere Betrieb hat, zu erfahren. Und nun kommt der Amerikaner und vertritt den Gedanken, daß man alle diese Geheimniskrämerei beseitigen müsse und die Konkurrenten sich im freien Meinungsaustausch ihre speziellen Erfahrungen und Verbesserungen gegenseitig mitteilen sollten. Und wie jedermann weiß, der die Vereinigten Staaten kennt: es handelt sich hier nicht um eine theoretisch aufgestellte Forderung, sondern um eine praktisch durchgeführte Maßnahme. Der amerikanische Betrieb steht jedem zum Besuch offen. Bei großen Firmen gehört es geradezu zur Methode der Reklame, den Betrieb jedem zu zeigen, der ihn sehen will, und es wird manchmal jede Stunde zu diesem Zweck eine besondere Führung veranstaltet. Mir sagte ein amerikanischer Unternehmer, der in seinen drei großen Betrieben sehr viele Betriebserfindungen hatte, die andere Werke nicht kannten: „Wer so klug ist, daß er bei einer Betriebsbesichtigung mir das Wesen einer Betriebserfindung abgucken kann, ist auch klug genug, sie selbst zu erfinden.“ Unzweifelhaft trägt dieses amerikanische System zur Förderung der Produktivität bei. Das deutsche System gibt dem einzelnen Betriebsunternehmer einen Vorsprung vor anderen; es sichert ihm, wenn man so sagen will, den Erfolg seiner speziellen Arbeit. Aber da jeder Betrieb solche kleineren oder größeren Betriebsgeheimnisse hat, so würden bei einem gegenseitigen Austausch dieser Geheimnisse alle Beteiligten gewinnen. Das deutsche

System sichert dem einzelnen den Erfolg seiner speziellen Arbeit, behindert aber den Fortschritt der Gesamtproduktivität des Gewerbes. Das amerikanische System sichert die Gesamtproduktivität und kann vielleicht hin und wieder einem einzelnen etwas schaden.

Alle Welt redet von der Notwendigkeit, die Produktion zu steigern. Der Ruf nach Rationalisierung ist ja auch ein Ruf nach Produktionssteigerung. Andererseits haben wir zuviel Produktion auf dem Markt. Die Ware kann nicht abgesetzt werden. Es fehlt an kaufkräftigen Abnehmern. Rationalisierung heißt, die Produktion planmäßig zu fördern und zu steigern. Es ist nicht nur erlaubt, nein, es ist geradezu kaufmännische und wirtschaftliche Pflicht, alle die Wege zu beschreiten, die zu einer Steigerung der Produktion führen. Auch künstliche Wege dürfen dazu begangen werden. Es gilt als ein Akt großer Klugheit, wenn Betriebe Anleihen aufnehmen, um damit ihre Produktion zu verbessern. Man erinnere sich wieder, wir haben Produkte zuviel, haben Überfluß, können nicht alles absetzen. Hier klafft ein Widerspruch. Entweder wir haben Waren zuviel, und es fehlt an Abnehmern; dann hätte es ja keinen Zweck, die Produktion zu steigern. Oder wir steigern die Produktion; dann müssen wir überlegen, wie wir die Abnehmer finden können. Dann muß man den Absatz genau so planmäßig suchen und herbeiführen, wie man die höhere Produktion herbeiführt. Es ist kein Zufall, daß diese Frage in den letzten Monaten von verschiedenen Seiten angeschnitten wurde. Herr Kommerzienrat Sichler aus Dresden, der Generaldirektor der Lingnerwerke, sandte mir vor kurzem das Heft 9 der Zeitschrift «Die sächsische Industrie» vom 26. Februar 1927. Darin befindet sich ein Vorschlag, der zur Wirtschaftsbelebung dienen soll. Kurz gesagt geht der Vorschlag dahin, ob nicht durch eine zielbewußt vorgenommene allgemeine Lohnerhöhung die Kaufkraft der Gesamtbevölkerung so gesteigert werden könnte, daß die volle Beschäftigung der Betriebe gesichert sei, daß die Arbeitslosen in dem Produktionsprozeß aufgesogen werden und dadurch die Wirtschaftskrise überwunden wird. Kaufkraft ist das Verhältnis zwischen Einkommen und Warenpreisen. Man kann dies Verhältnis beeinflussen einmal durch Herabsetzung der Warenpreise, andererseits durch Erhöhung des Einkommens. Der eine Weg ist die Rationalisierung. Wenn die Rationalisierung aber weit genug vorgeschritten ist, dann kommt

ein Stadium, in dem der Absatz stockt, weil die Läger überfüllt sind, da es an Kaufkraft fehlt. Es ist zweifellos richtig, daß dieser Punkt in weiten Teilen der deutschen Industrie jetzt erreicht ist. In der Kohlenindustrie, in der Eisenindustrie, in der chemischen Industrie, in der Elektrizitätsindustrie ist die Rationalisierung soweit vorgeschritten, daß der Absatz der erhöhten Warenmengen stocken muß, wenn nicht bald eine höhere Nachfrage einsetzt. Herr Kommerzienrat Sichler, der selber doch der Leiter eines großen Betriebes ist, schlägt nun vor, ganz allgemein die Löhne zu erhöhen. Diese Lohnerhöhung würde die Folge haben, daß der Absatz der Ware sich steigert, der gesteigerte Absatz macht eine Steigerung der Produktion, das heißt eine volle Ausnutzung der Betriebsanlagen möglich, und diese volle Ausnutzung der Betriebsanlagen wirkt sich so aus, daß die Produktionskosten, auf das einzelne Stück berechnet, sinken und das Gesamtergebnis für alle Teile ein günstiges ist. Wir sind in Deutschland in veralteten Gedankengängen so befangen, daß dieser Vorschlag wahrscheinlich mit Lachen aufgenommen wird. Von der amerikanischen Seite aus gesehen, enthält er gar nichts Auffälliges; denn der Weg ist dort mehrfach beschritten worden. Der ganze Erfolg Fords in seiner Fabrikation beruht zum Teil darauf, daß er planmäßig immer höheren Lohn gezahlt hat, dadurch die anderen Betriebe zwang, ebenfalls höhere Löhne zu zahlen; die höheren Löhne setzten die Arbeiter instand, Automobile zu kaufen, und dadurch gelang es Ford, den Absatz seiner Wagen zu finden. Er trieb also nicht nur planmäßige Produktionssteigerung zur Herabdrückung der Unkosten, sondern er betrieb auch ebenso planmäßig die Steigerung der Einkommen und hat sich damit den Absatz seiner Ware gesichert. In größerem Umfange ist dies von Ford gegebene Beispiel ausgeübt worden, als im Jahre 1920 in den Vereinigten Staaten der Rückschlag in der Kriegskonjunktur erfolgte. Auch damals hat es in den Vereinigten Staaten zahlreiche Unternehmerstimmen gegeben, die behaupteten, nun müßten die Löhne und Gehälter herabgesetzt werden, um dadurch die Krise zu überwinden. Das Fordsche Beispiel hat aber bereits so tief gewirkt, daß unter Führung Hoovers weite Kreise der Industrie sich entschlossen, den entgegengesetzten Weg zu gehen, das heißt, die alten Löhne beizubehalten, aber die Warenpreise herabzusetzen. Das Endergebnis dieses Entschlusses war die große Konjunktur, die die Ver-

einigten Staaten nach einem kurzen Rückschlage im Jahre 1920 erlebt haben. Die Krise der Nachkriegszeit wurde überwunden durch planmäßige Steigerung der Kaufkraft der Massen. Und diesen Gedanken greift nun Herr Kommerzienrat Sichler auf. Er hat ihn nicht durchgearbeitet, er hat ihn nicht näher belegt und berechnet. Er gibt nur eine allgemeine Anregung, um eine Aussprache herbeizuführen. Aber daß eine solche Anregung aus diesen Kreisen kommt, ist außerordentlich charakteristisch. Übrigens wird gleichzeitig in dem Hamburger «Wirtschaftsdienst» ein ähnlicher Gedanke von Fritz Marbach in Bern erörtert. Marbach stellt fest, daß man in der Schweiz, als die Wirtschaftskrise eingesetzt hatte, einen ähnlichen Weg gegangen ist wie in den Vereinigten Staaten. Man hat die Löhne nur wenig herabgesetzt, hat aber die übrigen Unkosten und dann die Preise abgebaut, so daß eine Reallohnzunahme stattgefunden hat, die zu einer Überwindung der Wirtschaftskrise führte. Sichler spricht, ohne sich auf den Satz festzulegen, von einer Lohnerhöhung von 10 %. Er betont ausdrücklich, daß, wenn diese Lohn- und Gehaltserhöhung einträte, in keiner Weise die Mehrausgaben auf die Preise abgewälzt werden dürfen. Es darf keine Preissteigerung eintreten. Die 10 % mehr, die der Unternehmer ausgibt, müssen hereingeholt werden durch die eintretende Steigerung des Umsatzes und die dadurch möglich werdende größere Produktion.

Sichler hat, wie gesagt, seinen Vorschlag im einzelnen nicht durchgearbeitet. Man kann sich die Wirkung aber an folgenden Zahlen vorstellen. Das Gesamtlohn- und Gehaltseinkommen in Deutschland dürfte zurzeit etwa bei 30—35 Milliarden Mark im Jahr liegen. Wird dieses Einkommen um 10 % erhöht, ohne daß die Preise dadurch steigen dürfen, dann fließen also an Kaufkraft jährlich 3 Milliarden mehr in das Volk hinein. Nach den Berechnungen, die Herr Staatssekretär Prof. Hirsch bereits vor längerer Zeit einmal aufgestellt hat, beschäftigt jede Milliarde Mark Kaufkraft mehr eine zusätzliche Arbeiterzahl von 400 000. Bei drei Milliarden Mark Mehreinkommen würden also 1,2 Millionen Arbeitslose in dem Produktionsprozeß wieder aufgesogen. Das heißt praktisch, es wäre die Arbeitslosigkeit verschwunden. Denn wenn auch die Zahl der unterstützten Arbeitslosen jetzt noch einige Hunderttausend höher ist, so kann man sagen, daß es auch in besten Zeiten einige Hunderttausend Menschen gibt, die beschäftigungslos sind. Es

wäre um so wichtiger, wenn durch diesen Vorschlag von Sichler die Steigerung der Einkommen und dadurch die Erhöhung der Kaufkraft durchgeführt würde, weil ja die Rationalisierungsmaßnahmen zum Teil auch die Ursachen unserer Arbeitslosigkeit sind. Es ist schwer zu sagen, wieviel von der deutschen Arbeitslosigkeit auf die verschiedenen Ursachen entfällt. Aber zweifellos ist ein beträchtlicher Teil der Arbeitslosigkeit Folge der Rationalisierung. Das macht ja die Rationalisierung in Arbeitnehmerkreisen so unpopulär. Um so wichtiger wäre es, wenn die Ersparnisse, die durch Rationalisierung erzielt worden sind und noch erzielt werden sollen, in planmäßiger und weithin erkennbarer Weise den Arbeitnehmern in Form höherer Löhne und höherer Kaufkraft zugute kämen. Dann würden die Arbeitnehmer in Zukunft der Rationalisierung ganz anders gegenüberstehen, als sie es jetzt tun. Ich halte den Vorschlag des Herrn Kommerzienrats Sichler für durchaus durchführbar. Ich halte ihn für besser und zweckmäßiger als irgendeinen anderen Weg, der beschritten werden kann. Vor allem halte ich ihn für besser als all die sogenannten Arbeitsbeschaffungsprogramme, bei denen mit öffentlichen Mitteln mehr oder minder unnötige Bauten errichtet oder Einrichtungen geschaffen werden, die fast nie produktiv sind. Unternehmer und Arbeitnehmer sollten sich zusammensetzen, um mit schnellem Entschluß an die Lösung dieser Frage heranzugehen.

Diese Frage führt gleichzeitig zu einer anderen Grundfrage unseres sozialen und wirtschaftlichen Daseins, nämlich zu dem Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer. Wenn der Vorschlag des Herrn Kommerzienrat Sichler wirklich zu einem Erfolge führen soll, das heißt — um es noch einmal zu sagen —, wenn eine erhebliche Lohn- und Gehaltserhöhung, sagen wir von etwa 10% durchgeführt werden soll, ohne daß gleichzeitig die Preise gesteigert werden, dann setzt der ganze Plan eine freiwillige und freudige Mitwirkung sowohl der Unternehmerschaft als der Arbeitnehmerschaft voraus. Wenn die Erhöhung des Umsatzes, die erzielt wird, ausreichend ist, um durch Erzeugung vergrößerter Mengen soviel an Unkosten zu ersparen, wie die Lohn-erhöhung beträgt, dann müssen die Arbeitnehmer freudig bei der Sache sein. Diese Arbeitnehmerschaft ist aber so angefüllt mit Mißtrauen gegen die Unternehmer, daß schon dies Mißtrauen das Ergebnis dieser ganzen Absichten in Frage stellen könnte. Das gilt übrigens auch für

mancherlei andere Dinge. Es gilt also, ein gewisses Vertrauensverhältnis herzustellen, ein gewisses Maß von beiderseitigem guten Willen zu zeigen und zu schaffen. Man denke sich, daß es gelänge, durch Besprechungen zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer die Absichten des Herrn Kommerzienrats Sichler durchzuführen; daß es gelänge, eine Lohnerhöhung von 10% durchzusetzen ohne Preissteigerung; daß es gelänge, diese Maßnahme durchzusetzen ohne Lohnkampf, ohne Streiks, ohne Schiedssprüche, sondern einfach auf Grund einer verständigen Wirtschaftsgesinnung. Dann wäre eine ganz neue Grundlage geschaffen für das Verhältnis zwischen Unternehmertum und Arbeitnehmerschaft in Deutschland. Ist das wirklich unmöglich?

Man bedenke in diesem Zusammenhange auch noch eins. Ich glaube, daß all die Maßnahmen, die mit der Rationalisierung und Modernisierung der Wirtschaft in Zusammenhang stehen, das heißt natürlich auch die planmäßige Erhöhung der Reallöhne, uns in 5—10 Jahren dazu führen können, daß der Reallohn der gesamten arbeitnehmenden Schichten in Deutschland sich verdoppelt. Das heißt praktisch, eine Besserung der sozialen Verhältnisse herbeizuführen, wie sie in keinem ähnlichen Zeitabschnitt jemals herbeigeführt worden ist. Ich weise deshalb darauf hin, weil hier eine grandiose und vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit gegeben ist, das Verhältnis zwischen Unternehmerschaft und Arbeitnehmerschaft dadurch auf eine gesunde Grundlage zu stellen, daß man durch planmäßige Zusammenarbeit eine bedeutende Hebung der Lebenslage aller Menschen herbeiführt. In diesem Zusammenhange hat die Unternehmerschaft den Arbeitnehmern wirklich etwas zu bieten. Sie hat etwas zu bieten, ohne sich selbst zu schaden. Sie wird selber auch dabei gewinnen und reich werden. Sie hat nur zwei Wege vor sich: entweder sie führt diese Verdoppelung des Realeinkommens auf dem Wege planmäßiger Verständigung mit ihren Arbeitnehmern herbei, oder aber sie läßt sich alles Schritt für Schritt abtrotzen. Dann wird ein Teil des Mehrertrages der Wirtschaft, der durch Rationalisierung erzielt wird, durch wirtschaftliche Kämpfe, durch Streiks, Aussperrungen, Unruhen usw. aufgezehrt. Deshalb richte ich hier von dieser weithallenden Stelle aus einen Appell an die Führer der Unternehmerschaft und der Arbeitnehmerschaft. Es war nie eine so günstige Gelegenheit vorhanden, die Beziehungen dieser beiden großen Gruppen auf eine erträg-

liche Grundlage zu stellen. Ich glaube sagen zu können, daß auf der Arbeitnehmerseite die Bereitschaft zu einer solchen Verständigung vorhanden ist.

Bei der Gelegenheit mag auch ein Blick geworfen werden auf den Zusammenhang, der zwischen Arbeitslosigkeit und Reparationszahlungen besteht, auf den Zusammenhang also zwischen Reparationspolitik und Sozialpolitik. Unzweifelhaft ist ein beträchtlicher Teil der Arbeitslosigkeit durch die Pflicht zur Zahlung von Reparationen verursacht. Im laufenden Jahr haben wir, wenn ich mich recht erinnere, eine Reparationszahlung von 1,5 Milliarden aufzubringen. Dazu treten weiter die 300 Millionen, die auf Grund der genialen Politik des Herrn Schlieben bzw. auf Grund des kleinen Besserungsscheines zu leisten sind, und zwar nach den Vereinbarungen, die der Finanzminister Reinhold vor einigen Monaten mit dem Reparationsagenten getroffen hat. Die Gesamtzahlungen liegen also bei etwa einer Milliarde 800 Millionen. Wirtschaftlich gesprochen heißt das: wir geben diese Summe weg, ohne dafür eine Gegenleistung zu empfangen. Es macht keinen wesentlichen Unterschied, ob wir diese Zahlungen in Sachleistungen oder als bare Leistungen aufbringen. Das macht einen währungspolitischen, aber keinen wirtschaftlichen Unterschied. Nehmen wir an, wir leisteten den Gesamtbetrag in Sachleistungen. Wir geben also für 1,8 Milliarden Waren aus Deutschland heraus, ohne dafür eine Gegenleistung zu empfangen. Bekämen wir die Gegenleistung, so hätten wir den mehrfach erwähnten Betrag in Deutschland mehr auszugeben. Wir könnten damit etwa 650000 Arbeitslose mehr beschäftigen. Ich schätze, daß etwa ein Viertel der deutschen Erwerbslosigkeit seine Ursachen in den Reparationszahlungen hat.

Es ist noch von Wert, darüber nachzudenken, in welchem Zusammenhang Handelspolitik und Sozialpolitik stehen. In meiner Reichstagsrede vom 9. März d. J. bin ich auf diese Frage von zwei verschiedenen Seiten aus eingegangen. Die eine Seite betrifft die Höhe der Beträge, die der Reichskasse aus den Zolleinnahmen zufließen. Es ist nicht leicht, den Außenhandel Deutschlands zu vergleichen etwa zwischen 1913 und 1926. Es haben wesentliche Verschiebungen stattgefunden. Das Berliner Tageblatt hat kürzlich nachgewiesen, daß die Rohstoff- und Halbfabrikateinfuhr nur 75 % der Mengen beträgt, die

im Jahre 1913 eingeführt worden sind. Sicher haben auch große Wertverschiebungen stattgefunden, und zwar auch über das hinaus, was durch die allgemeine Verteuerung an Wertverschiebungen eingetreten ist. Ausweislich des Statistischen Jahrbuches betrug die Einfuhr:

im Jahre 1913 . . . . .	81 Mill. Tonnen
„ „ 1926 . . . . .	43 „ „

Die Ausfuhr betrug:

im Jahre 1913 . . . . .	82 Mill. Tonnen
„ „ 1926 . . . . .	60 „ „

wobei in 1926 ein außergewöhnlich hoher Anteil der Kohlenausfuhr vorliegt, also eines verhältnismäßig geringwertigen Produktes.

An sich sagen diese Zahlen nicht allzu viel. Aber auch die Wertzahlen haben nur begrenzte Bedeutung. Der Wert im Spezialhandel betrug (in Millionen Mark):

	Einfuhr:	Ausfuhr:
1912 . . . . .	10600	8957
1913 . . . . .	10770	10097
1923 . . . . .	6150	6102
1924 . . . . .	9083	6552
1925 . . . . .	12428	8798
1926 . . . . .	9951	9783

Die Einnahmen des Reiches an Zöllen betrugen:

1909 . . . . .	660 Millionen
1910 . . . . .	663 „
1911 . . . . .	733 „
1912 . . . . .	727 „
1913 . . . . .	721 „
1924 . . . . .	356 „
1925 . . . . .	590 „
1926 . . . . .	816 „
1927 . . . . .	890 „    Etatsansatz.

Der Etatsansatz für 1927 ist sicher zu gering. Man kann annehmen, daß der Eingang an Zöllen im Haushaltsjahr 1927 1 Milliarde erreichen



wird. Wenn man von den Ein- und Ausfuhrmengen ausgeht, dann hat der Außenhandel jetzt etwa 60—75% des Umfangs von 1913 erreicht. Im Jahre 1913 nahm die Reichskasse aus Zöllen 721 Millionen ein. Im Jahre 1927 wird, wie gesagt, die Einnahme etwa 1 Milliarde betragen, das heißt, obgleich wir gewiß weniger als drei Viertel des Außenhandels der Vorkriegszeit haben, sind die Einnahmen an Zöllen um etwa 50% gestiegen. Die tatsächliche Zollbelastung der Waren, die wir heute in Deutschland verbrauchen, beträgt also wahrscheinlich mindestens das Doppelte, vielfach das Dreifache der Vorkriegsbelastung. Auch daraus ergibt sich eine verminderte Kaufkraft der Bevölkerung. Ein großer Teil des Einkommens muß für Zölle aufgewendet werden, und zwar zum erheblichen Teil nicht nur für Zölle, die in die Reichskasse fließen, sondern auch für die verteuernenden Wirkungen, die die Zölle sonst auf den Preis ausüben. Auch das schränkt also die Kaufkraft ein.

Wichtiger aber noch ist ein anderer Zusammenhang zwischen Zollpolitik und Höhe der Ausfuhr, mit anderen Worten: zwischen Zollpolitik und Beschäftigungsmöglichkeit in Deutschland. Wer ausländische Blätter liest, stößt im Handelsteil immer wieder auf die Behauptung, daß in Deutschland so niedrige Löhne gezahlt würden, daß das Ausland berechtigt und verpflichtet sei, sich gegen die Einfuhr deutscher Waren abzusperren. Ganz Europa und auch viele überseeische Länder schützen sich gegen die Einfuhr deutscher Waren durch hohe Zölle. Das ist einmal eine Folge der Reparationen. Alle wünschen sie, daß Deutschland Reparationen zahlt; alle wissen sie, daß Deutschland diese Reparationen nur zahlen kann, wenn es Waren ins Ausland ausführen darf; alle wünschen sie aber auch, daß ihre eigenen Industrien von diesen Waren nicht erdrückt werden, und deshalb schützen sie sich durch hohe Zölle. Die hohen Schutzzollmauern in aller Welt sind also zum Teil Folge der Reparationspolitik. Aber ein Stück dieser Folgen ist auch die Furcht vor den niedrigen deutschen Löhnen. Die enormen hohen Schutzzölle, die Amerika auf die deutsche Eiseneinfuhr erhebt, sind direkte Folgen der Tatsache, daß der amerikanische Arbeiter den vierfachen Nominal- und den zweifachen Reallohn des deutschen Arbeiters erhält. Mit diesem Motiv des niedrigen deutschen Lohnes arbeiten alle schutzzöllnerisch interessierten Kreise in den verschiedensten Staaten.

Haben wir wirklich ein Interesse daran, dieses negative Renommee der niedrigen Löhne aufrechtzuerhalten? Ich verneine das. Entweder wir werden durch die niedrigen Löhne instand gesetzt, im Ausland Ware zu verkaufen, die wir mit höheren Löhnen nicht verkaufen könnten; dann geht der Gewinn daraus als Schutzzoll in die Kassen der anderen Staaten. Oder aber, der Schutzzoll ist so hoch, daß er wirklich die deutsche Einfuhr fernhält; dann bleiben wir nutzlos bei niedrigen Löhnen und verhindern dadurch eine Stärkung des Inlandmarktes. Ich bitte, diesen Zusammenhang einmal zu überdenken. Wir können und dürfen nicht den Versuch machen, die Reparationen zu zahlen durch Dumping, durch Maßnahmen, die die Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung unter den Weltstandard herabdrückt. Dieses Dumping wird sich kein Staat gefallen lassen.

Darüber hinaus verdient die Handelspolitik überhaupt eine mehr grundsätzliche Erörterung. So sehr wir es ablehnen müssen, durch niedrige Löhne und Dumping-Maßnahmen den Schutzzollfuror der anderen Länder herauszufordern, um so mehr müssen wir durch eine planmäßige Handelspolitik die Ausfuhr Deutschlands zu stärken versuchen. Wir müssen eine Handelspolitik haben. Was sich jetzt seit der Stabilisierung in Deutschland Handelspolitik nennt, ist nichts weiter als ein klägliches Gemauschele und Geschiebe. Hat der Reichswirtschaftsminister eine planmäßige Handelspolitik? Hat das Reich eine planmäßige Handelspolitik? Die Frage wird niemand bejahen wollen. Wir haben eine Handelspolitik etwa des Reichsverbandes der Industrie, bei der sich die verschiedenen Interessentengruppen katzbalgen über die Höhe der Zollkonzessionen bei Handelsverträgen. Außer dieser Handelspolitik des Reichsverbandes der Industrie haben wir noch eine besondere Handelspolitik des Reichsernährungsministeriums. Man kann sagen, daß manche handelspolitische Fragen im Auswärtigen Amt wieder ganz anders beurteilt werden wie in den beiden anderen erwähnten Ministerien. In Wirklichkeit haben wir also drei Systeme von Handelspolitik, die sich zum Teil widersprechen, die sich zum Teil gegenseitig aufheben und sich den Rang abzulaufen versuchen. Aber wirkliche Handelspolitik, die einen Plan hat, die ein Ziel verfolgt, die Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung zielbewußt beeinflussen will, haben wir überhaupt nicht. Und wenn keines der drei einzelnen Ministerien eine zielbewußte Handels-

politik hat, dann ist das Gemenge und Gemische, das aus dem Ringkampf der drei entsteht, dann ist der italienische Salat, der so serviert wird, sicher keine planmäßige Handelspolitik.

Was ist das Ergebnis dieser Handelspolitik? Die ganze Wissenschaft hat sich seit dem Jahre 1924 gegen die Neufestlegung der Getreidezölle ausgesprochen. Man hat auf die großen Änderungen hingewiesen, die auf dem Weltmarkt überhaupt und in der Lage Deutschlands auf dem Weltmarkt eingetreten sind. Männer wie Aereboe und Sering haben ein anderes Programm agrarpolitischer Zollpolitik entwickelt, das mehr den Bedürfnissen unserer Zeit, der Industrie und des Bauerntums Rechnung trägt. Vergeblich! Kein Mensch richtet sich danach, am wenigsten die Regierung. In zweiter Linie kommen noch einigermaßen zur Geltung die handelspolitischen Interessen der Schwerindustrie und der mit ihr in enger Fühlung stehenden Wirtschaftskreise. Sie haben immer noch die starke Hand im Reichsverband der Industrie und setzen sich durch. Vergessen aber wird bei jedem Handelsvertrag das Interesse der Fertigindustrie, das heißt der Industrie, die die wertvollsten Waren erzeugt und die meisten Arbeitskräfte beschäftigt. Es hat, seitdem wir unsere handelspolitische Bewegungsfreiheit wieder erreicht haben, keinen Handelsvertrag gegeben, in dem man nicht mit souveräner Verachtung über die Interessen der Eisen- und Stahlwarenindustrie hinweggeschritten ist. Es scheint, daß diese Industrie handelspolitisch den Verselbständigungsbestrebungen in anderen Ländern völlig preisgegeben wird. Ihre Rufe verhallen ungehört; nirgendwo ist die Arbeitslosigkeit so groß wie in diesen Industrien. Aber sie rufen vergeblich um Hilfe. Wenn die Interessen der Agrarier vertreten sind und wenn dann noch die Interessen einiger großer Industrien berücksichtigt werden, dann bleibt für diese Industrien keine Bewegungsmöglichkeit mehr übrig.

Man muß auch sagen, daß die Parteien des Reichstages ebensowenig eine deutsche Handelspolitik haben wie die Regierung. Auch hier sehen wir ein grundsatzloses Fortwursteln, bei dem von irgendeinem Plan nicht die Rede sein kann. Die Stimmen der Wissenschaft, die im Jahre 1924 die alte agrarische Zollpolitik als verhängnisvoll abgelehnt haben, sollten auch in diese Kreise hineingedrungen sein. Aber dennoch, von irgendeiner planmäßigen Anstrengung, andere handelspolitische Wege

zu beschreiten, ist auch in den Parteien nicht die Rede. Der Götze «Getreidezoll», an den leider auch die weiteren Bauernkreise heute noch glauben, wird auch von den anderen Parteien angeboten, während die Sozialdemokratie mit ihrem starren Festbeißen auf das, was sie Freihandel nennt, ebensowenig von sich behaupten kann, daß sie eine Handelspolitik hat.

Wir haben die Pflicht und Aufgabe, in dieses regellose Durcheinander, in diese Katzbalgerei um die engsten Interessen mehr Sinn und Ordnung hineinzubringen. Das können wir nicht dadurch tun, daß wir die populären Schlagworte der anderen nachbeten, sondern wir müssen uns diesen Schlagworten entgegenstellen, wo sie falsch sind. Niemand kann mehr wie ich davon überzeugt sein, daß ein stärkerer innerer Markt wirtschaftspolitisch und sozialpolitisch wichtiger ist als eine um jeden Preis forcierte Ausfuhr. Wie schon oben erwähnt: vor die Frage gestellt, ob wir eine Ausfuhr erzwingen sollen durch niedrige Löhne und durch Herabdrückung der Lebenshaltung, lehne ich diesen Weg unbedingt ab. Es ist aber sehr wohl möglich, bei höherer Kaufkraft der Massen der Bevölkerung und gleichzeitig höherer Produktivität der Betriebe eine Handelspolitik zu führen, die uns auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig macht. Eines kann man dabei freilich nicht: man kann nicht den alten Körnerbau und die alten urgroßväterlichen Arbeitsmethoden des Großgrundbesitzes aufrechterhalten und gleichzeitig eine hohe Lebenshaltung und eine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt erreichen. Hier muß man sich entscheiden. Landwirtschaftlich gesehen, können wir in größerem Umfange zur Produktion bäuerlicher Edelprodukte übergehen und müssen uns andererseits damit abfinden, daß unser Körnerbedarf zu einem erheblichen Teil eingeführt wird aus Ländern mit billigeren Bodenpreisen und billigeren Produktionsbedingungen. Wir haben aber dann die Aufgabe, in handelspolitischer Beziehung die Fahne der Fertigindustrie aufzupflanzen. Diese Industrie ist in tausend und hunderttausend Betrieben zersplittert. Der einzelne Betrieb äußert leider allzuwenig politischen Willen. Die Landwirtschaft und die Schwerindustrie sind ihm in politischer Willenskraft weit überlegen. In der Regel werden die Interessen dieser Industrien vernachlässigt und manchmal an einflußreichere Industrien verkauft. Wir müssen endlich diese Kreise um uns sammeln; denn es sind diejenigen

Industrien, die noch am meisten unabhängiges Mittel- und Kleinunternehmertum erhalten. Es sind in Deutschland beschäftigt:

In der eisen- und metallschaffenden Industrie 311300 Personen, das heißt 3,7% aller in der Industrie Tätigen.

In der eisen- und metallverarbeitenden Industrie werden dagegen 2400000 Arbeitskräfte beschäftigt, das heißt 28,9% aller in der Industrie Tätigen.

Die Verarbeitungsindustrie ist also unvergleichlich viel bedeutsamer. Es sind diejenigen Industrien, deren Förderung und Hebung sozialpolitisch am bedeutsamsten ist. Und das ist der Grund, warum ich sie hier in den Zusammenhang «Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik» besonders hineinstelle. Dabei muß man sich über eines klar sein. Wenn die Interessen dieser Industrie bei handelspolitischen Verhandlungen vielfach vernachlässigt werden, dann ist nicht nur der größere politische Einfluß der Landwirte und der Großindustrie dafür verantwortlich, sondern hier spielen auch sozialpolitische Gründe hinein: die Furcht vor den Forderungen der Arbeiter und Angestellten. Die Verärgerung, die aus dem täglichen Kampf über sozialpolitische Fragen auf Unternehmerseite entsteht, treibt diese für sich selbst oft hilflosen Gruppen der Unternehmerschaft in das Lager der sozialpolitischen Reaktion. Und dafür, daß sie in dieser sozialpolitischen Reaktion Hilfe findet bei den Landwirten und den Großindustrien, oder wenigstens Hilfe zu finden glaubt, dafür muß die Fertigindustrie ihre handelspolitischen Interessen opfern und vernachlässigen. Sie sollte sich einmal die Frage überlegen, ob sie bei dieser Art der Regelung auf ihre Rechnung kommt. Die sozialpolitischen Gesetze, die gefordert werden, werden ja doch gemacht; sei es mit einer Rechtsmehrheit oder mit einer Linksmehrheit. Die angeblichen oder tatsächlichen sozialen Belastungen sind also doch vorhanden. Auch die Schwerindustrie, auch die Agrarier sind nicht in der Lage, die Fertigindustrie davor zu schützen. Die Fertigindustrie muß also ihre handelspolitischen Interessen vernachlässigen und vergessen, um nichts dafür einzutauschen, um nicht einmal die Verhinderung eines einzigen sozialpolitischen Gesetzes dadurch erreichen zu können. Die Fertigindustrie möge sich überlegen, ob sie ein solch schlechtes Geschäft noch weiter machen will. Was Naumann seit Jahrzehnten gesagt hat, ist auch heute richtig: keine Industrie ist so sehr

an einem verständigen Zusammenarbeiten mit ihren Arbeitnehmern interessiert wie die Fertigindustrie, und umgekehrt: die Arbeitnehmerschaft hat an der Entwicklung keiner Industrie ein so großes Interesse wie an der Fertigindustrie. Deshalb ist die Arbeitnehmerschaft verpflichtet, die handelspolitischen Belange der Fertigindustrie fördern zu helfen, und sie wird das tun. Wir haben die Aufgabe, in dieser Richtung nach beiden Seiten vermittelnd zu wirken. Dabei haben wir vor allem die Fertigindustrie aufzurufen zum Kampf gegen die Art von Handelspolitik, die sich heute in Deutschland breitmacht, und die auf dem Rücken der Fertigindustrie ausgetragen wird. Unser handelspolitisches und sozialpolitisches Programm in dieser Hinsicht heißt:

Agrarische Edelproduktion!

Höchster technischer Ausbau der Fertigindustrie!

Höchste Rationalisierung!

Höchste Lebenshaltung des Volkes!

Höchste Schulbildung und

höchstmögliche Ausfuhr von industriellen und landwirtschaftlichen Fertigwaren.

# Selbstverwaltung in der Sozialpolitik.

Leitsätze zum Vortrag auf der Generalversammlung der Gesellschaft  
für soziale Reform. 1927.

1. Die Sozialpolitik des Kaiserreichs wurde gemacht, um die erwachende deutsche Demokratie, besonders die Arbeiterdemokratie, nicht zum Leben kommen zu lassen.

2. Die damalige Sozialpolitik entsprang der Idee des Fürsorgestaates, der nicht will, daß die Bürger der unteren Klassen sich selbst helfen, sondern der ihnen sagt: wir sorgen schon für euch, seid nur brav und still.

3. Der demokratische Staat kann diesen Weg nicht weiter beschreiten. Er gibt dem Bürger die Krone des Herrschers, kann ihn also nicht bevormunden wollen.

4. Selbsthilfe ist heute wichtiger als Staatshilfe. Wo der Bürger sich selber helfen kann, soll ihm der Staat das erleichtern, nicht aber erschweren.

5. Die erwachsenen männlichen und weiblichen Arbeiter können sich im demokratischen Staate meist selbst helfen. Soziale Fürsorge brauchen wir zum Schutze der Kinder, der Jugendlichen, der Schwangeren, der Invaliden usw.

6. Die Selbsthilfe durch die Gewerkschaften ist wichtiger, fruchtbarer und moralisch wertvoller als die Hilfe durch staatliche Zwangsorgane. Brentano weist in die Zukunft, Adolf Wagner ist Vergangenheit.

7. Auch die praktischen Umstände der Zeit machen es wichtiger, daß die Gewerkschaften auf die Steigerung der Löhne hinwirken, als daß die Parteien den Bettelgroschen der Sozialrenten um den Bruchteil eines Pfennigs steigern. Jede halbwegs erfolgreiche Lohnbewegung bringt den Arbeitern und Angestellten ein Vielfaches an Kaufkraftsteigerung, wie eine Erhöhung der Renten. Lohnsteigerung aber erzwingt Steigerung der Produktivität der Wirtschaft und steigert so die Lebenslage der ganzen Nation.

8. Die Lage der Arbeitnehmer in den Industrieländern, die wenig oder gar keine Sozialversicherung und Sozialpolitik haben, zeigt, daß dort eine höhere Kaufkraft für die Masse des Volkes erreicht wurde. Sie zeigt aber auch, daß in diesen Ländern die Gesundheitsverhältnisse

trotz schlechterer öffentlicher Einrichtungen besser sind als in Deutschland. (Siehe «Hilfe» Nr. 15, 1926, Aufsatz: Sozialversicherung und Volksgesundheit.) Die Arbeitnehmer in diesen Ländern haben infolge ihrer höheren Löhne bessere Wohnung, bessere Lebenshaltung und dadurch auch bessere Gesundheitsverhältnisse. Die gewaltigen Leistungen der deutschen Sozialversicherung ersetzen also nicht im entferntesten den Vorteil hoher Einkommen und dementsprechend hoher Kaufkraft. In einem beschränkten Sinne kann man also sagen: die Sozialversicherung hemmt den Aufstieg der unteren Volksschichten.

9. Die Beiträge, die der Arbeitnehmer heute selbst zu zahlen hat für Krankenkasse, Invalidenversicherung, Arbeitslosenfürsorge, Knappschaft, Angestelltenversicherung, dazu der Steuerabzug vom Lohn, der unentbehrlich wichtige Gewerkschaftsbeitrag betragen insgesamt heute zwischen 15 bis 24 % des Lohnes oder Gehalts. Die Grenze dessen, was hier noch geleistet werden kann, ist erreicht, vielleicht schon überschritten. Die Höhe der erwähnten Lohnabzüge behindert die Gewerkschaften an der Erhebung eines ausreichend hohen Gewerkschaftsbeitrages. So hemmt die Sozialversicherung die Entwicklung der Gewerkschaften.

10. Auch der demokratische Staat kann nicht ohne ein öffentliches Schlichtungswesen bei Arbeitskämpfen auskommen. Er muß entschlossen sein, schwere wirtschaftserschütternde Kämpfe zu vermeiden. Arbeitnehmer und Unternehmer müssen aber in erster Linie Wert darauf legen, die Kämpfe selber unter eigener Verantwortung durchzuführen. Sie sollen sich nicht hinter die Autorität des Schlichters verstecken.

11. Es kann und darf keine Rede davon sein, die vorhandenen Einrichtungen, besonders der Sozialversicherung, abzubauen. Auch bei tunlichster Selbsthilfe kommt in jedem Staat der Zeitpunkt, an dem die Anwendung staatlichen Zwanges zur Ergänzung der Selbsthilfe nötig ist. Es ist z. B. nicht möglich, ohne Zwang eine ausreichende Fürsorge für die Arbeitslosen zu schaffen. Aber das jetzt vorgesehene, zentralistische System der Arbeitslosenversicherung ist falsch. Berufliche Versicherung gestattet mehr Selbstverwaltung. Wir haben ein unnötiges Übermaß an solchem Zwang. Ich bin für Zwangsversicherung, aber nicht für Kassenzwang. Die Riesengebilde einiger großstädtischer Kranken-



kassen entfernen den einzelnen Versicherten ebenso von dem Gefühl der Mitverantwortung, wie es die mehr bürokratisch geleitete Invalidenversicherung oder irgendeine Staatskasse tut.

12. Sozialversicherung und Sozialpolitik müssen — auch bei Aufrechterhaltung staatlichen Zwanges — in der Durchführung und Verwaltung entstaatlicht und der freien Selbstverwaltung der Beteiligten übergeben werden. Unternehmer und Arbeitnehmer sind reif und verständlich genug, in diesen Kassen ihre eigenen Angelegenheiten selbstverantwortlich zu ordnen. Das System obrigkeitlicher Bevormundung ist unverträglich mit der demokratischen Staatsidee. Wo Staatszwang und Staatsgesetz in der Sozialpolitik auch in Zukunft nötig sind, müssen sie sich auf Rahmengesetze und allgemeine Anordnungen beschränken und die Ausfüllung des Rahmens der Selbstverwaltung überlassen.

13. Lloyd George hatte 1911 in England bei der Schaffung der Sozialversicherung die Aufgabe, mit dem vorhandenen starken, uralten System freier Hilfskassen die neue Zwangsversicherung organisch zu verbinden. Unsere Aufgabe ist umgekehrt: das alte System hat versucht, den Willen zu freier Selbsthilfe totzuschlagen. In der Sozialversicherung ist ihm das gelungen. Nun heißt es, in das vorhandene Gebäude der Zwangsversicherung den Geist freier Selbstverwaltung und Selbstverantwortung, mit einem Wort: demokratischen Bürgergeist, wieder einzuführen.

## Mehr Wirtschaft in die Sozialpolitik.

DER SOZIALE AUSSCHUSS DES REICHSTAGS BERÄT DAS Arbeitslosen-Versicherungsgesetz und wird es anscheinend in einigen Punkten wesentlich verbessern. Seit Jahren wird dieser Gesetzentwurf vorberaten in der Regierung, bei den Unternehmer- und Arbeitnehmerorganisationen, gelegentlich auch in der Öffentlichkeit. Das Ergebnis dieser langen Beratungen ist ein formell ausgezeichneter Gesetzentwurf, der in klarer Sprache, in sachlicher Einfachheit und logischer Gliederung wohl mit zu den besten formellen Leistungen deutscher Gesetzgebungsarbeit gehört. Wer sich prinzipiell auf den Boden der sozialpolitischen Denkweise stellt, die seit Bismarck in fast alle Köpfe eingedrungen ist, wird auch finden, daß der jetzige Gesetzentwurf sachlich recht gut ist. Vermutlich werden sich nur wenige Leute die Frage stellen, ob das Prinzip dieser Versicherung und ihrer Organisation das denkbar Beste ist, ob es heute noch das Beste ist, ob nicht andere Wege zu suchen sind. Obwohl es auf die jetzigen Beratungen und Beschlüsse wenig Einfluß haben wird, vielleicht keinen Einfluß mehr haben kann, ist es doch wohl nicht unangebracht, einige kritische Bemerkungen positiver Natur zu machen.

Die deutsche Sozialversicherung und mehr oder minder die ausländische ebenfalls, hat innerlich und äußerlich drei Entwicklungsstadien durchgemacht. Sie begann mit der Schadensvergütung, übernahm dann die zusätzliche Aufgabe der Schadensheilung und geht jetzt mehr und mehr zu der dritten zusätzlichen Aufgabe über, der Schadensverhütung. So hat es das Leben der Gewerkschaft selbst gewollt, nachdem die Organisation ursprünglich ausschließlich nach den Bedürfnissen der Schadensvergütung aufgebaut war. Leider hat noch niemand das gesamte Sozialversicherungswesen vorurteilslos umgekehrt durchdacht. Wenn man Organisation und Leistungen einmal ohne Rücksicht auf alles Vorhandene von der Aufgabe der Schadensverhütung aus durchdächte, käme man in allen Versicherungszweigen zu teilweise völlig anderen Formen der Organisation und der Leistung. Vielleicht wäre das Ergebnis für die alten Versicherungszweige zu «revolutionär». Wenn man aber heute neue Versicherungen aufbaut, bestände kein Anlaß, sich nach den hergebrachten Gedanken zu richten. Man könnte und

sollte kühn und frei an die Aufgaben herangehen. Unsere sozialpolitische Gedankenwelt — und nicht nur sie — ist aber «sozialmilitaristisch» — das Wort stammt nicht von mir. Von den Kommunisten bis zu den Deutschvölkischen, mit einigen Ausnahmen in der Mitte, sind wir so eingestellt, daß alles «geordnet», «geregelt», wenn es irgend geht, «einheitlich geregelt» sein muß. Auch die deutsche Unternehmerschaft denkt grundsätzlich nicht anders und weigert sich, nur auf den Gebieten die Schlußfolgerungen aus der eigenen sozialmilitaristischen Logik zu ziehen, wo sie glaubt, ohne Sozialmilitarismus stärker zu sein, z. B. bei der amtlichen Schlichtungstätigkeit.

Die Schattenseite unseres sozialpolitischen Versicherungssystems liegt auf zwei Gebieten. Sie drückt den Lohn der Arbeiter herab. Darüber später bei einer anderen Gelegenheit. Sie lähmt zweitens durch die fast notwendigerweise einheitliche Regelung aller Unterstützungsfälle nicht nur die eigene Verantwortungsfreude, sondern versagt auch da, wo besondere Notstände vorliegen. Sie kann sich dem individuellen Fall entweder überhaupt nicht anpassen oder kann es nur unter Aufwand schwieriger und deshalb kostspieliger organisatorischer Sonderarbeit. Sie gibt Unternehmern und Arbeitnehmern das Gefühl, daß irgendwo ein großer Topf bereitstehe, aus dem alles bezahlt werden kann. Und selbst die eigene Beitragspflicht der Arbeitnehmer und Unternehmer verhindert dieses Gefühl der individuellen Verantwortungsschwäche nicht, kann es nicht hindern, weil dem einzelnen die Verantwortung zu fern liegt.

Vielleicht ist diese Schwäche des sozialen Versicherungsgedankens in der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung weitgehend unvermeidlich, weil die Fälle, bei denen die Unterstützung anknüpfen muß, mehr ihre Ursachen in «höherer Gewalt» haben und sich deshalb augenblicklicher menschlicher Beherrschung entziehen. Schwere Krankheiten kann man oft von langer Hand vermeiden, z. B. durch gute Wohnungen, besseres Essen usw. Aber ist im Einzelfall die Krankheit da, so muß der Schaden vergütet werden. In dieser Zeit der aus bestimmten, aber wohl vorübergehenden Ursachen entstehenden Massenarbeitslosigkeit wird meist vergessen, daß in normalen Zeiten keines der sozialen Übel unserer Zeit in so weitgehendem Umfang vermeidbar ist als die Arbeitslosigkeit. Schon vor dem Krieg war das deutsche Unternehmertum aus

eigener Einsicht zu dem Entschluß gekommen, in Zeiten der Krise nicht ohne weiteres durch Massenentlassungen die Krise zu verschärfen. Der einsichtige Unternehmer hielt, wenn er irgend konnte, den größten Teil der eigenen Arbeitskräfte auch in Krisenzeiten ganz oder teilweise durch, weil er die eingearbeiteten Arbeitskräfte nicht verlieren wollte. Indem er die Arbeitskräfte mit Vorratsarbeit oder mit verkürzter Arbeitszeit weiter beschäftigte, rettete er sich ein Stück Arbeitsorganisation und Arbeitserfahrung, das ihm bei wieder ansteigender Konjunktur sehr wertvoll war. Er begann zu rechnen, was ihm teurer war: die Weiterbeschäftigung der Arbeiter und Angestellten auch mit zeitweiligem Verlust, oder die Entlassung mit der Aussicht, bei wieder ansteigender Konjunktur betriebsfremde Arbeiter einstellen zu müssen, die Wochen oder Monate brauchten, ehe sie im Betrieb wieder «eingearbeitet» waren. Und da sprach die nüchterne Berechnung oft für den ersten Weg. Hier lag ein wesentlicher Grund dafür, daß die Wirtschaftskrisen sich zwischen 1874 und 1914 erheblich abgemildert hatten. In nicht wenigen Fällen sprach bei dieser Entscheidung auch ein Stück sozialen Verantwortungsgefühls mit.

Wie wird das in Zukunft sein? Wenn jeder Unternehmer und jeder Arbeitnehmer ohne Unterschied des Gewerbes verpflichtet sind, einen bestimmten Beitrag in die Arbeitslosenkasse zu zahlen, ohne Rücksicht darauf, ob das Gewerbe viel oder wenig Arbeitslose hat, wenn es also nicht mehr direkt lohnt, Arbeitslosigkeit zu vermeiden, dann wird ein Unternehmer selten, sehr selten aus sozialem Pflichtgefühl Arbeitskräfte in Krisenzeiten durchhalten. Fragt sich, ob die erwähnten betriebswirtschaftlichen Gründe allein stark genug sein werden, ihn zur Durchhaltung der Arbeitskräfte zu veranlassen. Das muß man bezweifeln. Denn der unterstützungsberechtigte Arbeiter wird mit Recht geneigt sein, mit einer neuen Arbeitsaufnahme, insbesondere mit einer Umsiedlung so lange zu warten, bis er wieder in seinen alten Betrieb zurück kann. Die große Mehrzahl besonders der älteren Arbeiter kehrt lieber in den bekannten Betrieb zurück, selbst wenn man ein paar Wochen länger von der kärglichen Unterstützung leben muß. Eine Arbeitsaufnahme in einer anderen Stadtgegend als der Wohngegend macht dauernd größere Fahrtschwierigkeiten, Zeitverluste usw. Und ein Umzug in eine andere Stadt ist zehnfach kostspieliger und mühsamer. Jede

Arbeitslosenversicherung wird also — und das ist ein sozialgünstiges Moment — die Binnenwanderung abschwächen. Diese Arbeitslosenversicherung, so wie sie jetzt geplant ist, schwächt das soziale Verantwortungsgefühl der Betriebe und Betriebsleiter und erhöht damit die Zahl der Arbeitslosen.

Manchestermänner werden eins sagen: Dann machen wir also besser gar keine Arbeitslosenversicherung. Das hieße den Teufel durch Beelzebub austreiben und den Arbeitnehmern allein die wesentlichste Last der Krise aufhängen. Man muß eine Form der Arbeitslosenversicherung suchen, die geeignet ist, das Verantwortungsgefühl der Arbeitnehmer und Unternehmer für eine möglichst geringe Arbeitslosigkeit zu stärken. Und da man dies Ziel nicht allein mit Idealen und Sozialpredigten erreichen kann, muß die Versicherung so gestaltet sein, daß sie — roh gesagt — Prämien leistet für die Verminderung der Arbeitslosigkeit. Nach meinem Urteil gibt es in der Hauptsache zwei Wege, die uns diesem Ziel wesentlich näher bringen können. Der eine Weg ist die völlig uneingeschränkte Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung durch die beteiligten Unternehmer und Arbeitnehmer. Der zweite Weg ist der zielbewußte Verzicht auf die sozialmilitaristische Einheitsversicherung und ihren Ersatz durch die Versicherung, aufgebaut auf die großen Gewerbe. Das Ziel wird soweit als überhaupt möglich nur durch die Verbindung beider Wege erreichbar: soziale Selbstverwaltung auf gewerblicher, wenn man will, berufsgenossenschaftlicher Grundlage. Ich denke an etwa fünfundzwanzig solcher gewerblichen Organisationen.

Statt theoretischer Erörterung soll hier ein praktischer Fall den Sinn dieses Gedankens erläutern. Die Arbeitslosigkeit ist, wie jedermann weiß, nicht in allen Gewerben gleich, sondern sie ist recht verschieden. Leider ist das Reichsarbeitsministerium nie auf den Gedanken gekommen, für das Maß dieser Verschiedenheit zuverlässige zahlenmäßige Unterlagen zu beschaffen. Schuld daran ist teilweise die aus besonderen, aus unnormalen Ursachen entstandene Massenarbeitslosigkeit nach Ende des Krieges und jetzt in der Stabilisierungs- und Rationalisierungskrise. Sie läßt uns die Probleme falsch sehen. Ein Gewerbe, das besonders stark unter Arbeitslosigkeit leidet, ist das Baugewerbe. Nehmen wir an, es würde eine besondere Arbeitslosenversicherungskasse für das gesamte deutsche Baugewerbe geschaffen. Wegen der hohen

Arbeitslosigkeit in diesem Gewerbe müßte es sehr hohe Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erheben. Diese hohen Beiträge würden das Gewerbe zwingen, sich ernsthaft zu überlegen, ob es wirklich unvermeidlich ist, daß in jedem Winter zwei Drittel der Bauarbeiter erwerbslos werden. Man würde bald dasselbe finden, was man in den Vereinigten Staaten aus anderen sozialen Druckverhältnissen heraus längst gefunden hat, nämlich, daß kein wirklich durchschlagender Grund das Baugewerbe nötigt, nur acht bis neun Monate im Jahr zu arbeiten und drei Monate zu feiern. So wie man, trotz klimatisch ungünstiger Verhältnisse, in den Vereinigten Staaten gelernt hat, elf Monate im Jahr Bauarbeit zu leisten, so würde man das auch bei uns lernen. Und wo die Unternehmer dazu zu schwerfällig wären, würde die gut organisierte und kampfbereite Bauarbeiterschaft sie aus eigenem Interesse bald zu dieser Erkenntnis zwingen. Die Folge wäre wohl, daß im Baugewerbe der Beitrag zur Arbeitslosenkasse auf ein Viertel bis ein Fünftel des Betrages sinken könnte, der bei den heutigen Baumethoden in Deutschland nötig wäre. Da selbst in Normalzeiten im Baugewerbe in jedem Winter wohl an 600 000 Arbeiter arbeitslos werden, ließe sich auch diese Ziffer auf ein Viertel oder ein Fünftel senken. Und das wäre, sozial betrachtet, unendlich viel wichtiger als die beste Unterstützung. Gewiß ist dieses Beispiel besonders durchschlagend; aber in allen Saisongewerben würde sich dieser Vorschlag ähnlich auswirken.

Prüft man einen Augenblick, wie sich die Arbeitslosigkeitsverhältnisse im Baugewerbe gestalten werden unter dem Einfluß der jetzt vorgesehenen territorialen oder Reichseinheitsversicherung, so ergibt sich folgendes. Beitrag und Unterstützung sind für alle Gewerbe, für alle Arbeiter und Angestellten gleich hoch nach einem bestimmten Prozentsatz vom Lohn, abgestuft nach Klassen. Infolgedessen haben in den Gewerben mit hoher Arbeitslosigkeit die Unternehmer so gut wie gar kein Interesse daran, zu überlegen, wie sie die Beitragslast vermindern können. Im Gegenteil, in Zukunft wird jedes Baugeschäft mit weniger Bedenken als bisher im Winter seine Arbeiter entlassen, da sie ja unterstützt werden. Daß diese Unterstützungen dann größtenteils von den Unternehmern und Arbeitnehmern in den Gewerben bezahlt werden müssen, die wenig oder gar keine Arbeitslosigkeit haben, gehört zu dem, was man im Zeitalter des Sozialmilitarismus fälschlich auch noch

«soziale Gerechtigkeit» nennt. Dieser mißverständene Krypto-Marxismus, von dem neun Zehntel der deutschen Sozialpolitik beherrscht werden, versteinert die Sozialpolitik, die Wirtschaft und das wirklich soziale Verantwortungsgefühl. Auf sozialpolitischem Gebiet herrscht eine geradezu gefährliche Ideenlosigkeit. Die Gehirne sind eingefroren. Der demokratisch-liberale Geist ist getötet. Die starre Organisation lähmt den Geist.

Das britische Arbeitslosen-Versicherungsgesetz von 1911 machte den vielleicht unzulänglichen Versuch, auch auf andere Weise Unternehmer und Arbeitnehmer an einer Verminderung der Arbeitslosigkeit zu interessieren. Es sah meines Erinnerns vor, daß der Unternehmer, der weniger als der Durchschnittsbetrieb Arbeiter entließ, einen Teil der von der Unternehmung selbst gezahlten Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sich erstatten lassen konnte. Es sah vor, daß ein Arbeiter von sechzig Jahren, der in seinem Arbeitsleben wenig oder gar nicht arbeitslos gewesen war, einen Teil seiner zur Arbeitslosenversicherung gezahlten Beiträge in eine Alters- und Invalidenrentenzulage umwandeln konnte. So sollte der Arbeiter daran interessiert werden, daß er nicht arbeitslos würde. Wahrscheinlich wird das alles unzureichend, und soweit ich sehe, haben die besonderen Verhältnisse der Nachkriegszeit auch diese tastenden Versuche gelähmt. Aber dem ungeachtet, in dem Gedanken, Unternehmer und Arbeitnehmer an einer Verringerung der Arbeitslosigkeit zu interessieren, lag eine gesunde Absicht. Der deutsche Gesetzentwurf macht keinen Versuch dieser Art. Er sucht die Einheitslösung. Aber wenn man sich nicht täuscht, wird diese Einheitslösung die Arbeitslosigkeit vermehren über das hinaus, was normalerweise unvermeidlich ist. Und das Ergebnis ist weder sozial noch wirtschaftlich.

---

*Im Herbst 1927 erscheinen als erste Bände von :*

# Abendländische Gesellschaftslehre

QUELLENSCHRIFTEN

*herausgegeben von*

KARL THIEME und ALBERT SALOMON

---

Thomas von Aquino und die Scholastik

\*

Luther und Luthertum

\*

Die Staatsabsolutisten des 16. und 17. Jahrhunderts

\*

Rousseau

\*

Voltaire und der aufgeklärte Absolutismus

\*

Burke und die französische Revolution

\*

Die politische Romantik in Mitteleuropa

\*

Blanqui

\*

Der Anarchismus

\*

Der Syndikalismus

*Jedes Bändchen kostet in Pappband RM. 1.20*

**Rohland & Berthold Verlag / Crimmitschau**



GERTRUD HERMES

## **Die geistigen Grundlagen der Erwachsenenbildung in England**

*Preis gebunden RM. 4.50*

Das vorliegende Werk versucht, die mannigfaltigen und umfangreichen Bestrebungen, die unter dem Namen Erwachsenenbildung in England zusammengefaßt werden, unter dem Gesichtspunkt ihrer weltanschaulichen Orientierung zu ordnen und darzustellen. Der Ton liegt nicht auf der Schilderung organisatorischer Verhältnisse, sondern auf der Darstellung geistesgeschichtlicher Zusammenhänge. Die Schilderungen sind mithin nicht nur für den Fachmann von Interesse, sondern bieten jedem Anregung, der sich von der geistigen Gesamtlage Englands eine Anschauung verschaffen will. In dem gegenwärtigen Augenblick, wo die Frage der geistigen Neuorientierung Englands zu den brennendsten Fragen des europäischen Kulturkreises gehört, ist daher das Buch besonders aktuell.

KARL C. THALHEIM

## **Das deutsche Auswanderungs- problem der Nachkriegszeit**

*Preis broschiert RM. 6.-*

Thalheims Buch muß als Standardwerk angesprochen werden. Ein ungeheures Material ist in wissenschaftlicher Arbeit erfaßt und statistisch verwertet worden; Darstellung der Vor- und Nachkriegsentwicklung, Kritik und Zielweisung greifen untadelhaft ineinander. *Hamburger Fremdenblatt.*

WALTER ZODER

## **Die Arbeitsverfassung im englischen Kohlenbergbau seit der Kriegszeit**

*Ein Beitrag zur Sozialpolitik Englands*

*Ganzleinenband RM. 8.-, broschiert RM. 6.-*

Das wesentlichste deutsche Werk über den englischen Kohlenbergbau. Es muß an erster Stelle genannt werden unter allen Abhandlungen, die das wichtigste europäische Wirtschaftsproblem – das Kohlenproblem – zum Gegenstand haben.

**Rohland & Berthold Verlag / Crimmitschau**

*Im Herbst 1927 erscheint:*

CARL WÜRZBURGER

# Gott und die Welt

*Briefe über religiöse und politische Erziehung*

*Preis gebunden RM. 12.-*

Der Verfasser, der der strengen Marburger Philosophenschule entstammt, geht von der pädagogischen Einsicht aus, daß die Philosophie nicht für die Bibliotheken, sondern für die Menschen da ist. Darum sucht er nach einer Form, die die philosophischen Erkenntnisse nicht verflacht und doch dem gewöhnlichen Sterblichen zugänglich macht. Mit der einfachen Popularisierung der Ausdrücke gibt er sich aber nicht zufrieden. Vielmehr folgt er bewußt dem Beispiel Pestalozzis und Goethes in dem Wagnis, Erkenntnisse zu formulieren und sie gleichzeitig mit der Entwicklung und dem Schicksal lebendiger Menschen zu verknüpfen. Hat er in einem ersten, von der Kritik mit freudiger Anerkennung begrüßten Werk (Ein Jahresring. Briefe über die Erziehung in Schule und Haus. Berlin 1926) das Wie der Erziehung dargestellt, stellt er sich in dem vorliegenden Buch die weit- aus schwierigere Aufgabe, auch die Frage des Was zu lösen und anschaulich zu entwickeln. Zwischen den Polen der Religion und der Politik bewegt sich der Kampf, der immer zugleich ein Kampf der Seelen und der Gehirne war. Ewigkeit und Zeitlichkeit, die Entscheidung des Menschen und die Entscheidung über den Menschen, Schicksal und Verantwortung, Gnade und Wille, alle unentrinnbaren Spannungen des Lebens werden wahrgenommen und nicht nur in Thesen und Antithesen sich gegenübergestellt. Gegenwartsmenschen in der einmaligen Situation der Gegenwart fragen und antworten, erleben und entscheiden für sich und für ihre Zeit, woran die Zeit leidet: Wohin gehört der Mensch zwischen Gott und der Welt?

**THOMAS MANN**

*schreibt über die Erstveröffentlichung Carl Würzburgers wie folgt: Es ist ein  
gesundes, freies und wohlwollendes Werk, das hoffentlich mit Verständnis und  
Dankbarkeit aufgenommen werden wird.*

**Rohland & Berthold Verlag / Crimmitschau**



6



Altenburg, Thür.  
Pierersche Hofbuchdruckerei  
Stephan Geibel & Co.